



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

40. Jahrgang · Heft 6

Juni 1988

Grafik des Monats: Arbeitslose
Aufsätze: Einheitswerte 1983
Vermögensbesteuerung 1983

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹		April 1988		Januar bis April 1988	
Beschäftigte	1 000	163	— 0,0	163	— 0,4
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	— 1,9	15	+ 1,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	576	+ 3,9	547	+ 4,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 073	+ 3,2	2 996	+ 4,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 258	— 4,3	2 233	+ 1,2
Auslandsumsatz	Mill. DM	815	+ 31,5	763	+ 15,9
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 842	+ 11,3	1 947	+ 17,9
aus dem Inland	Mill. DM	1 102	— 0,6	1 216	+ 9,0
aus dem Ausland	Mill. DM	739	+ 35,5	732	+ 36,5
Energieverbrauch	1 000 t SKE				
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	37	— 6,8	37	— 0,2
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	4	— 12,8	3	+ 26,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	98	— 8,1	84	+ 18,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	278	+ 7,9	235	+ 42,2
Auftragseingang ³	Mill. DM	209	— 17,0	194	+ 11,3
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	745	+ 59,9	544	+ 21,7
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	454	— 29,8	380	+ 14,1
Einzelhandel		März 1988		Januar bis März 1988	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	111,3	+ 11,7	98,3	+ 7,4
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	84,6	+ 11,9	75,7	+ 11,9
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1 000	p 176	+ 26,3	p 125	+ 18,5
Übernachtungen	1 000	p 764	+ 43,1	p 513	+ 26,6
Arbeitsmarkt		April 1988		Januar bis April 1988	
Arbeitslose	Anzahl	109 023	— 1,2	119 344	— 3,7
Außenhandel		März 1988		Januar bis März 1988	
Ausfuhr	Mill. DM
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 968	— 3,4	8 721	— 5,6
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	48 970	+ 3,4	48 977	+ 3,4

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 6/88

	Seite
aktuelle Auslese	115
Aufsätze	
Einheitswerte der gewerblichen Betriebe und der Mineralgewinnungsrechte 1983 ..	116
Die Besteuerung der Vermögen 1983	126
Grafik des Monats	122
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 1/1988**
Handelsvermittlung
Systematiken
- Heft 2/1988**
Gewerbebezahlungen
- Heft 3/1988**
Sozialversicherung in der VGR
Bauhauptgewerbe
- Heft 4/1988**
Schleswig-Holstein im Jahre 1987
- Heft 5/1988**
Nach-Denken über Datenschutz
Bevölkerungsfortschreibung
Milchkuhrassen
17 Jahre Bevölkerungsfortschreibung
Lehrernachwuchs

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Bevölkerungsfortschreibung bald auf neuer Basis	5/99
17 Jahre Bevölkerungsfortschreibung	5/110
Bildung und Kultur	
Lehrernachwuchs an den Seminaren	5/112
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Gewerbebezahlungen	2/24
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Milchkuhrassen in Schleswig-Holstein	5/104
Produzierendes Gewerbe	
Bauhauptgewerbe	3/54
Handel und Gastgewerbe	
Handelsvermittlung	1/4
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Sozialversicherungen in der VGR	3/44
Verschiedenes	
Systematiken	1/14
Schleswig-Holstein im Jahre 1987	4/63
Zum Nach-Denken über „Datenschutz“	5/96

Aktuelle Auslese

Weniger Güterumschlag



Im Jahre 1987 wurden in Schleswig-Holstein 3,2 Mill. t Güter durch die Binnenschifffahrt umgeschlagen. Das sind 319 000 t oder 9,0 % weniger als im Jahre 1986. Während der Güterverkehr innerhalb Schleswig-Holsteins zunahm (+ 6,4 %), waren im Verkehr mit Häfen außerhalb des Bundesgebietes (- 11,0 %) und mit dem übrigen Bundesgebiet (- 11,6 %) Transportverluste zu verzeichnen. Vom Gesamtumschlag entfielen auf den Verkehr innerhalb Schleswig-Holsteins 519 000 t oder 16 %, auf den mit dem übrigen Bundesgebiet 2 515 000 t oder 78 % und auf den mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes 179 000 t oder 6 %.

Über 80 % des gesamten Umschlagsaufkommens entfielen auf drei Güterabteilungen. Die Abteilung „Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse, Gase“ lag mit 1,7 Mill. t (54 %) an erster Stelle. Es folgten „Steine und Erden (einschl. Baustoffe)“ mit 491 000 t (15 %) und „Andere Nahrungs- und Futtermittel“ mit 351 000 t (11 %).

Gemeindefinanzen 1987



Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten 1987 Einnahmen in Höhe von 8 414 Mill. DM, das sind 273 Mill. DM oder 3,4 % mehr als im Vorjahr.

Die Ausgaben erhöhten sich um 349 Mill. DM (+ 4,3 %) und überstiegen damit die Einnahmen um 101 Mill. DM.

Die Einnahmeerhöhung des Verwaltungshaushalts um 296 Mill. DM oder 4,8 % ist insbesondere auf erheblichen Zuwachs der Schlüssel-, Bedarfs- und sonstigen allgemeinen Zuweisungen vom Land zurückzuführen (+ 108 Mill. DM).

Bemerkenswert ist auch, daß die kommunalen Steuereinnahmen (netto) um 36 Mill. DM oder 1,7 % über dem Vorjahresergebnis liegen. Der Einnahmerückgang des Vermögenshaushalts um 22 Mill. DM oder 1,2 % beruht hauptsächlich auf Mindereinnahmen aus Krediten und inneren Darlehen.

An der Spitze der Gesamtausgaben stehen nach wie vor die Personalausgaben; sie stiegen überdurchschnittlich um 6,1 % an. Auch bei den sozialen Leistungen ist ein deutlicher Zuwachs (+ 5,6 %) zu verzeichnen. Für den laufenden Sachaufwand wurden 2,3 % und für Baumaßnahmen 2,0 % mehr ausgegeben.

Baufertigstellungen und Bauüberhang 1987 abermals rückläufig



Im Jahre 1987 wurden insgesamt 7 605 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden fertiggestellt. Das sind 2 140 Wohnungen oder 22,0 % weniger als im Jahr davor. Von den 6 877 Wohnungen in neuen Wohngebäuden entfielen 5 391 (78,4 %) auf solche in Eigenheimen.

Im Nichtwohnbau verringerte sich 1987 das Fertigstellungsvolumen um 7,7 % auf 4,5 Mill. Kubikmeter. Den größten Anteil am Gesamtvolumen hatten mit 57,6 % (2,6 Mill. m³) die 533 gewerblichen Betriebsgebäude.

Der Überhang an genehmigten, aber bis zum Jahresende 1987 noch nicht fertiggestellten Wohnungen belief sich auf insgesamt 9 750 Einheiten. Das sind 1 334 (12,0 %) weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Jahres davor. Im ersten Quartal 1988 konnte das zum Teil wettgemacht werden: es wurden etwa 100 Wohnungen mehr als 1987 zum Bau freigegeben (+ 8 %).

Schweinebestand gesunken



Nach dem vorläufigen Ergebnis der Viehzwischenzählung vom 31. März 1988 wurden in Schleswig-Holstein 1,66 Mill. Schweine gehalten. Darunter waren rd. 525 000 Ferkel, 955 000 Jung- und Mastschweine und 169 000 Zuchtsauen.

Der Gesamtbestand der Schweine verringerte sich in Jahresfrist um 4 % oder 63 000 Tiere und erreichte den kleinsten Aprilbestand seit 1975. Der Bestand an Sauen nahm gegenüber April 1987 um 8 % auf 169 500 Tiere ab. Davon waren 112 000 trächtig (- 8 %) und 57 000 nicht trächtig (- 9 %). Der Bestand an Altsauen verringerte sich in Jahresfrist um knapp 8 % auf 130 000 und der an Jungsauen um knapp 11 % auf 40 000 Tiere. Auch die Bestände an Ferkeln (- 8,5 %) nahmen gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat ab, wohingegen die Zahl der Jung- und Mastschweine weitgehend konstant blieb. Der Bestand an schlachtreifen Schweinen (80 - 110 kg Lebendgewicht) nahm gegenüber April 1987 deutlich (+ 14 %) zu.

Einheitswerte der gewerblichen Betriebe und der Mineralgewinnungsrechte 1983

Eine zeitnahe Besteuerung von Vermögenstatbeständen setzt eine Bewertung in regelmäßigen Zeitabständen voraus, die man Hauptfeststellungszeiträume nennt. Vermögen ist seiner Natur nach, anders als etwa Einkommen oder Umsatz, eine Bestandsgröße. Die Bewertung von Vermögen ist schwierig und aufwendig, sie findet deshalb nur alle drei Jahre statt, und zwar zu einem für alle Steuerpflichtigen einheitlichen Termin. Die dann festgesetzte Jahressteuer bleibt für diesen Zeitraum konstant. Den Vorgang der Steuerfestsetzung nennt man, wie bei anderen Steuerarten auch, Veranlagung. Handelt es sich um die dreijährliche Neufestsetzung, spricht man von Hauptveranlagung. Zusammen mit dieser Hauptveranlagung werden Hauptfeststellungen der Einheitswerte für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens durchgeführt.

Das Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966, geändert durch das 1. Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294), bestimmt, daß in Verbindung mit der Hauptfeststellung der Einheitswerte nach dem Stand am jeweiligen Hauptfeststellungszeitpunkt eine Bundesstatistik durchzuführen ist. Ein solcher Zeitpunkt war der 1. 1. 1983. Da die Daten — als Sekundärstatistik — aus den Bescheiden gewonnen und dem Statistischen Landesamt von der Finanzverwaltung per Datenträger zur Verfügung gestellt werden, unterliegt diese Statistik dem zeitlichen Ablauf dieser Arbeiten in der Finanzverwaltung. Die Aufbereitung der Daten kann erst abgeschlossen werden, nachdem die z. T. mehrjährigen Feststellungsarbeiten bei den Finanzämtern durchgeführt worden sind. Wenn auch darunter die Aktualität leidet, die Hauptbedeutung liegt in der Bereitstellung von Strukturdaten.

Rolle und Problematik der Einheitswerte

Aufgrund des Bewertungsgesetzes, letztmalig geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1857), werden Einheitswerte der gewerblichen Betriebe unabhängig von der Besteuerung in einem Bewertungsverfahren alle drei Jahre ermittelt und gelten einheitlich — im Falle des Betriebsvermögens — für Vermögens-, Grund- und Gewerbesteuer. Weitere Einheitswerte werden darüber hinaus noch festgestellt für Mineralgewinnungsrechte und für den Grundbesitz.

Die Hauptfeststellung der Mineralgewinnungsrechte — das sind Rechte, Bodenschätze aufzusuchen und zu gewinnen — wird in der Regel alle sechs Jahre vorgenommen; die dabei festgestellten Werte sind, sofern sie einem gewerblichen Betrieb zugehören, bei der Festsetzung des Einheitswertes auch dieses gewerblichen Betriebes anzuwenden.

Betriebsgrundstücke werden ähnlich wie das Grundvermögen bewertet. Allerdings geht die letzte Einheitsbewertung des Grundbesitzes auf den 1. Januar 1964 zurück; wegen des großen Arbeitsaufwands bei der Grundvermögen-Bewertung konnten die neuen Werte erst ab 1974 der Besteuerung zugrunde gelegt werden. Bis dahin galten sogar die Werte nach der Hauptfeststellung zum 1. 1. 1935. Das gegenwärtige System der Grundvermögensbewertung ist daher umstritten und wirft verfassungsrechtliche Fragen auf; es wird argumentiert, daß der Ansatz dieser Einheitswerte bei den verschiedenen Steuern und Abgaben wegen eben dieser Einheitlichkeit zu Ungerechtigkeiten führe. Die Klagen richten sich aber nicht nur gegen das Bewertungssystem, sondern auch dagegen, daß eine in kürzeren Zeitabständen erforderliche Neubewertung des Grundbesitzes bisher an dem enormen Arbeitsaufwand bei Steuerpflichtigen und Verwaltung gescheitert ist. Die Probleme ergeben sich auch aus der Vielfalt der Anwendung. Die Einheitswerte des Grundvermögens dienen nämlich u. a. als Bemessungsgrundlage bei der Grundsteuer, der Erbschaftsteuer, der Vermögensteuer, der Gewerbesteuer, bei der Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft sowie der Besteuerung nach Durchschnittssätzen, bei der Pauschalierung des Nutzwertes eigengenutzter Wohnungen im eigenen Einfamilienhaus und im sog. „unechten“ Zweifamilienhaus; sie sind weiterhin Bemessungsgrundlage für Beiträge zu Wasser- und Bodenverbänden, für Leistungen nach dem Wohngeldgesetz und nach dem BAföG, für Landwirtschaftskammerabgaben, für Berufsgenossenschaftsbeiträge bei der Landwirtschaft usw.

Auf die Grundbesitzbewertung soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Festzuhalten bleibt, daß ein Termin für eine neue Einheitsbewertung des Grundvermögens bisher noch nicht feststeht. Der Hauptfeststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens liegen somit für die Betriebsgrundstücke — wie bereits ausgeführt — die auf den Wertverhältnissen von

1964 basierenden Einheitswerte zugrunde. Um das gestiegene Wertniveau in etwa zu berücksichtigen, wird der Einheitswert von 1964 mit einem Zuschlag von 40 % angesetzt.

Die folgende Übersicht zeigt zusammenfassend die Termine auf, zu denen die Hauptfeststellungen der Einheitswerte stattgefunden haben, und die Jahre der Anwendung dieser Wertansätze bei der Vermögensteuerhauptveranlagung.

Einheitswerte - Hauptfeststellungen			Vermögensteuer-Hauptveranlagung
Grundbesitz	Mineralgewinnungsrechte	Betriebsvermögen	
1935	1972	1972	
1964		1974	
	1977	1977	
		1980	
	1983	1983	
		1986	

Da die Daten für die Einheitswerte-Hauptfeststellung und die Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1986 von der Finanzverwaltung noch nicht übermittelt worden sind und mit der statistischen Auswertung noch nicht begonnen werden konnte, soll im folgenden die Entwicklung ab 1974 und schwerpunktmäßig der Stand zum 1. 1. 1983 erörtert werden.

Weniger Einheitswertfeststellungen

Im Gegensatz zu der in der Betriebswirtschaftslehre und auch in der amtlichen Statistik sonst üblichen Darstellung des Betriebes als örtlich begrenzte technisch-wirtschaftliche Organisationseinheit umfaßt der Gewerbebetrieb nach dem Bewertungsgesetz überwiegend das gesamte Unternehmen. Die von der Einheitswertstatistik dargestellten Merkmale stellen also das Bilanzbild der erfaßten Unternehmen dar. Die Summe der Aktivposten bildet das Rohvermögen (Bilanzsumme). Zieht man die Schuldposten und die Schachtelbeteiligungen davon ab, erhält man den Einheitswert.

Betriebe, Rohbetriebsvermögen und Einheitswerte

Hauptfeststellungszeitpunkt 1. Januar	Betriebe	Rohbetriebsvermögen	Einheitswerte
	Anzahl	Mill. DM	
1974	43 912	51 317	9 666
1977	44 276	66 114	12 536
1980	31 087	62 934	12 377
1983	23 703	65 338	12 008

Nahm die Zahl der bewerteten Unternehmen von 1974 auf 1977 noch um 0,8 % zu, so ging sie 1980 um 29,8 % auf 31 087 zurück. Gegenüber 1983 sank sie noch einmal um 23,8 % auf 23 703. Der Rückgang hatte überwiegend steuerrechtliche Gründe. Während 1977 die Erklärungen zur Feststellung des Einheitswertes noch an die Höhe des Betriebsvermögens anknüpften (Wert von mindestens 6 000 DM), waren ab 1. Januar 1980 nur noch die Betriebe erklärungs-pflichtig, deren Gewerbekapital den Freibetrag von 60 000 DM überstieg. In die Gewerbekapitalberechnung geht der aus dem Betriebsvermögen durch Abzug der Betriebsschulden ermittelte Einheitswert zwar ein, das durch Hinzurechnen (z. B. Dauerschulden) und Kürzungen (z. B. Grundstückseinheitswerte) ermittelte Gewerbekapital ergibt jedoch eine neue Ausgangsbasis infolge des Freibetrages von 60 000 DM. Beim Gewerbekapital bedeutete dies, daß für zahlreiche kleine und mittlere Betriebe keine Erklärungs-pflicht zur Einheitswertfeststellung mehr bestand. Mit der Verdoppelung des Freibetrages auf 120 000 DM ab 1983 sind weitere Betriebe in der Statistik nicht berücksichtigt. Ein weiterer Grund für diesen Rückgang ergab sich darüber hinaus aus der Gewerbekapitalberechnung selbst. Nach dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 waren bei der Ermittlung des Gewerbekapitals die Dauerschulden nur noch zu 60 % anzurechnen. Beide Aspekte (teilweise Anrechnung der Dauerschulden und Anhebung der Erklärungs-pflichtgrenze) führten dazu, daß in Schleswig-Holstein 1983 die Anzahl der bewerteten Betriebe nur noch 23 703 betrug.

Geht man vom Ergebnis der Umsatzsteuerstatistik aus, wonach in Schleswig-Holstein Anfang 1982 ca. 65 830 Unternehmen mit mehr als 20 000 DM Jahresumsatz bestanden haben, so bedeutet das, daß hiervon 64 % oder fast zwei Drittel mit ihrem Betriebsvermögen unter derjenigen Grenze liegen, die zur Gewerbe- oder Vermögensteuerpflicht führt. Ungeachtet der unterschiedlichen Abgrenzungskriterien zwischen beiden Statistiken dokumentieren diese Zahlen den stark reduzierten Erhebungsumfang insbesondere bei kleineren Betrieben.

Da in der Einheitswertstatistik weniger die Unternehmensgröße oder Umsatzhöhe als vielmehr die Ausstattung mit Anlagegütern oder die Höhe des Vorratsvermögens entscheidend ist, kann es sein, daß auch Unternehmen mit hohem Umsatz nicht erfaßt werden, weil sie z. B. mit geringem Kapitaleinsatz arbeiten und deswegen ein Einheitswert für sie nicht festgesetzt worden ist.

Obwohl von 1977 auf 1980 die Anzahl der Betriebe um fast 30 % zurückgegangen ist, ist das Rohbetriebsvermögen nur um 4,8 % und das Reinvermögen (Einheitswert) um 1,3 % gesunken. Von 1980 auf 1983 erhöhte sich dagegen das Rohbetriebsvermögen um 3,8 % trotz des Rückgangs der Anzahl der Betriebe um fast 24 %. Dagegen ist das Reinvermögen (der Einheitswert) 1983 um 3 % auf 12 008 Mill. DM zurückgegangen.

Da der Einheitswert nicht das Gesamtvermögen, sondern aufgrund des Abzuges der Betriebsschulden das Reinvermögen darstellt, können die nach Einheitswertgruppen gegliederten Ergebnisse nur bedingt für Untersuchungen über die Größenstruktur der Unternehmen herangezogen werden. Es können lediglich Aussagen über die Konzentration der Unternehmen nach dem Einheitswert gemacht werden.

Betriebe nach Einheitswertgrößenklassen

Einheitswertgrößenklassen von ... bis unter ... DM	Hauptfeststellungszeitpunkt					
	1. 1. 1977		1. 1. 1980		1. 1. 1983	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unter 10 000	7 455	16,8	2 926	9,4	1 503	6,3
10 000 - 50 000	17 454	39,4	10 000	32,2	6 220	26,2
50 000 - 100 000	7 286	16,5	6 274	20,2	4 677	19,7
100 000 - 500 000	9 337	21,1	9 064	29,2	8 458	35,7
500 000 - 1 Mill.	1 237	2,8	1 297	4,2	1 293	5,5
1 Mill.- 5 Mill.	1 190	2,7	1 196	3,8	1 218	5,1
5 Mill.- 10 Mill.	173	0,4	173	0,6	186	0,8
10 Mill.- 50 Mill.	126	0,3	135	0,4	128	0,5
50 Mill. und mehr	18	0,0	22	0,1	20	0,1
Insgesamt	44 276	100	31 087	100	23 703	100

Während die Anteile der Betriebe in den unteren beiden Größenklassen 1980 wie 1983 zurückgegangen sind und gleichzeitig in den mittleren Klassen (ab 100 000 DM) zugenommen haben, konzentrierte sich die Masse des Einheitswertvolumens zunehmend auf höhere Einheitswertgrößenklassen. Auf die mit einem Einheitswert unter 1 Mill. DM entfielen 1977 96,6 %, 1980 95,2 % und 1983 93,4 % aller Betriebe, aber nur 30,2 % bzw. 28,8 % bzw. 26,9 % der gesamten Einheitswertsumme. Die Größenklasse ab 10 Mill. DM umfaßte dagegen in den Dreijahresintervallen entsprechend nur 0,3 % bzw. 0,5 % bzw. 0,6 % der Betriebe, die jedoch 1977 40,9 %, 1980 41,5 % und 1983 ebenfalls 41,5 % des Einheitswertvolumens auf sich vereinigten. Trotz der großen Rückgänge der Anzahl der Betriebe in den unteren Größenklassen und sehr hoher Rückgänge der Einheitswertvolumina in diesen Klassen haben sich die Anteile dieser Größenklassen innerhalb von sechs Jahren nicht verändert. Neben der allgemeinen Wertsteigerung, die zur Folge hat, daß Betriebe in höhere

Einheitswertgrößenklassen hineinwachsen, wirkte sich insbesondere die geänderte Erklärspflichtgrenze bei dem Rückgang von Kleinstbetrieben aus. Daß in den unteren Größenklassen Einheitswerte überhaupt noch festgestellt wurden, hängt zum einen damit zusammen, daß Einzelunternehmer oder Gesellschafter einer Personengesellschaft aufgrund anderer Vermögensarten eine Vermögensteuererklärung abzugeben hatten. Ein weiterer Grund kann sein, daß eine Reihe von Betrieben eine ungünstige Kapitalstruktur, mit einem hohen Anteil an Dauerschulden, aufweist.

Einheitswerte der Betriebe nach Größenklassen in Mill. DM

Einheitswertgrößenklassen von ... bis unter ... DM	Hauptfeststellungszeitpunkt		
	1. 1. 1977	1. 1. 1980	1. 1. 1983
Unter 10 000	42	16	8
10 000 - 50 000	442	272	176
50 000 - 100 000	519	454	334
100 000 - 500 000	1 927	1 912	1 817
500 000 - 1 Mill.	854	901	890
1 Mill.- 5 Mill.	2 429	2 500	2 532
5 Mill.- 10 Mill.	1 196	1 185	1 273
10 Mill.- 50 Mill.	2 383	2 638	2 681
50 Mill. und mehr	2 745	2 500	2 298
Insgesamt	12 536	12 377	12 008

Besitz- und Schuldposten der gewerblichen Betriebe

Die Statistik der Einheitswerte ermöglicht u. a. Aufschlüsse über den Vermögens- und Kapitalaufbau, d. h. über die Grundzüge der Bilanzstruktur der gewerblichen Wirtschaft. Da auch kleinere und mittelständische Betriebe sowie Institutionen freier Berufe erfaßt werden, ergänzen diese Informationen die Ergebnisse der Unternehmensbilanzstatistik.

Die Feststellung der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe setzt beim Rohbetriebsvermögen an, das aus dem Anlage- und dem Umlaufvermögen besteht. Beim Anlagevermögen unterscheidet man zwischen den Sachanlagen, die wiederum in Betriebsgrundstücke, Maschinen und ähnliche Anlagen sowie sonstige Sachanlagen untergliedert werden, und den Finanzanlagen. Zu den Finanzanlagen gehören neben den Darlehen und Hypothekenforderungen, den Wertpapieren und Beteiligungen auch die immateriellen Wirtschaftsgüter. Darunter fallen neben den Mineralgewinnungsrechten, die in der Statistik als solche gesondert ausgegliedert werden, die Patente, die Urheberrechte, Verlagsrechte u. ä.. Unter dem Umlaufvermögen wird

nur das Betriebskapital und das Vorratsvermögen nachgewiesen, zu dem alle Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie an Halb- und Fertigerzeugnissen zu rechnen sind. Das Betriebskapital umfaßt neben den Barbeständen, Guthaben und Forderungen auch die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sowie Hinzurechnungen nach § 107 Bewertungsgesetz.

Die so ermittelte Summe der Werte der zu dem gewerblichen Betrieb gehörenden Wirtschaftsgüter ergibt das Rohvermögen, das zum 1. 1. 1983 für alle Betriebe 65 Mrd. DM betrug. Nach Abzug der mit der Gesamtheit oder mit einzelnen Teilen des gewerblichen Betriebes in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden und sonstiger Abzüge sowie der Schachtelbeteiligungen vom Rohbetriebsvermögen verblieb als Landessumme aller Einheitswerte ein Reinvermögen von 12 Mrd. DM.

Besitz- und Schuldposten sowie Einheitswerte der Betriebe

	Hauptfeststellungszeitpunkt				Veränderung 1983 geg. 1980 in %
	1. 1. 1980		1. 1. 1983		
	Mill.DM	%	Mill.DM	%	
Anlagevermögen	17 210	27,3	17 611	27,0	+ 2,3
davon					
Sachanlagen	12 474	19,8	11 582	17,7	- 7,2
davon					
Betriebsgrundstücke	4 396	7,0	3 963	6,1	- 9,9
Maschinen und					
maschinelle Anlagen	5 744	9,1	5 303	8,1	- 7,7
sonstige Sachanlagen	2 333	3,7	2 316	3,5	- 0,8
Finanzanlagen	4 735	7,5	6 029	9,2	+27,3
Umlaufvermögen	45 724	72,7	47 726	73,0	+ 4,4
davon					
Betriebskapital	37 689	59,9	41 346	63,3	+ 9,7
Vorratsvermögen	8 036	12,8	6 380	9,8	-20,6
Rohbetriebsvermögen	62 934	100,0	65 338	100,0	+ 3,8
Schulden und					
sonstige Abzüge	50 359	80,1	53 110	81,3	+ 5,5
Abzüge aufgrund von					
Schachtelbeteiligungen	130	0,2	219	0,3	+69,1
Einheitswert	12 377	19,7	12 008	18,4	- 3,0

Obwohl dem Ergebnis von 1983 eine wesentlich geringere Anzahl von Betrieben zugrunde lag, betrug die Zuwachsrate des Rohbetriebsvermögens 3,8 %. Beim Anlagevermögen, das gegenüber 1980 fast unverändert 27 % des Rohbetriebsvermögens ausmachte, entfiel der mit einem Anteil von 18 % größte Posten auf die Sachanlagen, die jedoch um 7,2 % gegenüber 1980 zurückgingen. Die Finanzanlagen erhöhten sich um 27,3 % und betrugen 1983 9 % des Rohbetriebsvermögens, so daß das Anlagevermögen insgesamt um 2,3 % auf 17,6 Mrd. DM steigen konnte. Das Umlaufvermögen, gegenüber 1980 mit einem insgesamt na-

hezu unveränderten Anteil von 73 % des Rohbetriebsvermögens, hat um 4,4 % zugenommen. Es bestand zu 82 % aus dem Betriebskapital, das gegenüber 1980 um 9,7 % auf 41,3 Mrd. DM stieg. Das Vorratsvermögen ist gegenüber 1980 um 20,6 % zurückgegangen und der entsprechende Anteil am Rohbetriebsvermögen von 13 % auf 10 % gefallen.

Bilanzrelationen ohne Kreditinstitute, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

Der Vermögensaufbau der gewerblichen Betriebe muß naturgemäß vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung gesehen werden. Die Zusammensetzung der Besitz- und Schuldposten ist Ergebnis des der Wirtschaftslage angepaßten Finanzierungs- bzw. Investitionsverhaltens der Unternehmen und ihrer Vorrats-haltungsdispositionen.

Wie bereits ausgeführt, können die Besitz- und Schuldposten, die der Einheitswertberechnung zugrunde liegen, wie die Aktiva und Passiva einer Unternehmensbilanz gegenübergestellt werden. Das zum Rohbetriebsvermögen zusammengefaßte Anlage- und Umlaufvermögen kann so als die Aktivseite einer Bilanz interpretiert werden, der auf der Passivseite das aus Einheitswert und dem Gegenwert der Schachtelbeteiligungen zusammengesetzte Eigenkapital und das Fremdkapital, das die Schulden und sonstige Abzüge umfaßt, gegenüberstehen. Die Relationen der verschiedenen Posten zum Rohbetriebsvermögen ergeben Kennzahlen bzw. Strukturgrößen, wie sie aus der Unternehmensbilanzstatistik bekannt sind. Wenn auch Bilanz- und Bewertungsrecht gewisse Unterschiede aufweisen und beide Statistiken daher nicht vergleichbar sind, so wird mit den aus der Einheitswertstatistik ermittelten Kennzahlen für die gewerblichen Betriebe eine statistische Lücke geschlossen. Die Kreditinstitute, das Versicherungsgewerbe und die Beteiligungsgesellschaften sollen allerdings wegen ihrer andersartigen Vermögens- und Schuldenstrukturen außer Betracht gelassen werden.

Der langjährige Vergleich läßt erkennen, daß die Anteile des Anlagevermögens am Rohbetriebsvermögen ab 1974 ständig zugenommen, die des Umlaufvermögens dagegen ständig abgenommen haben. Die für die Investitions- und Innovationskraft der Unternehmen als maßgeblich angesehene Eigenkapitalausstattung hat sich seit 1977 nicht wesentlich verändert: das aus dem Einheitswert und dem Gegenwert der Schachtelbeteiligungen ermittelte Eigenkapital betrug 35 % bis 36 % des Rohbetriebsvermögens, während das Fremd-

Besitz- und Schuldposten der gewerblichen Betriebe¹

Jahr (Einheitswert jeweils zum 1. 1.)	Aktiva		Passiva		
	Anlage- ver- mögen	Umlauf- ver- mögen	Einheits- wert und Schachtel- betei- ligung	Schulden und sonstige Abzüge	
	in % des Rohbetriebsvermögens				
				ins- gesamt	dar. langfr. Verbind- lichkeiten
1974	39,9	60,1	32,6	67,4	17,9
1977	41,7	58,3	35,7	64,3	18,1
1980	43,3	56,7	35,0	65,0	16,7
1983	45,0	55,0	36,2	63,8	16,9

1) ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften

kapital, also die Schulden und sonstige Abzüge, als Komplement entsprechend 64 bis 65 % des Rohbetriebsvermögens ausmachte. Auch die langfristigen Verbindlichkeiten änderten sich kaum, sie schwankten zwischen 17 % und 18 % des Rohbetriebsvermögens.

Betrachtet man das Verhältnis von Eigenkapital zu Anlagevermögen, so war im Durchschnitt der erfaßten Betriebe das Anlagevermögen 1974 zu 82 %, 1977 zu 86 %, 1980 zu 81 % und 1983 zu 80 % durch Eigenmittel gedeckt. Geht man von der allgemeinen betriebswirtschaftlichen Maxime aus, daß das Anlagevermögen mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehenden Mitteln (Eigenkapital oder langfristiges Fremdkapital) finanziert werden soll, so wird das durch die Kennzahlen bestätigt.

Die Bilanzrelationen nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen

Untersucht man die Vermögens- und Kapitalstruktur zum 1. 1. 1983 in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, so lassen sich branchentypische Unterschiede feststellen. Die verschiedenen Fertigungsmethoden und die unterschiedliche Kapitalintensität in den Unternehmen bewirken zwangsläufig, daß die Bilanzrelationen mehr oder weniger stark vom Gesamtdurchschnitt abweichen.

Den mit 76 % höchsten Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme weist die Energiewirtschaft auf. Allein die Maschinen und ähnlichen Anlagen in diesem sehr kapitalintensiven Wirtschaftszweig machten 62 % oder über drei Fünftel des gesamten Rohvermögens aus. Auch in den Bereichen des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung sowie der Dienstleistungen überschritt der Anteil des Anlagevermögens am Roh-

vermögen den Durchschnittswert für alle Wirtschaftsbereiche erheblich. Für die drei genannten Bereiche ist ferner das geringe Vorratsvermögen augenfällig. Die Energiewirtschaft und der Verkehrssektor können die von ihnen produzierten Güter bzw. Leistungen nicht oder nur im geringen Umfang vorrätig halten. Sie haben deshalb hohen Kapitalbedarf, um Spitzenbelastungen abfangen zu können. In beiden Bereichen ist auch das ungünstigste Deckungsverhältnis zwischen Eigenkapital und Anlagevermögen zu verzeichnen; nicht einmal die Hälfte des Anlagevermögens war durch eigene Mittel abgedeckt. Das Abweichen von der Bilanzregel, wonach zumindestens das Anlagevermögen durch Eigenkapital abgedeckt sein sollte, ist insofern gerechtfertigt, als in diesen Bereichen die öffentliche Hand finanziell engagiert ist und somit die Sicherheit des dort langfristig gebundenen Fremdkapitals gewährleistet. In rein privatwirtschaftlich orientierten Branchen müssen die Deckungsverhältnisse zwischen dem Eigenkapital und dem Anlagevermögen günstiger aussehen. So ergab sich z. B. bei den Dienstleistungen die stärkste Eigenkapitalquote von 49 %; 49 %; es folgten die Land-, Forstwirtschaft und Fischerei mit 42 % und der Einzelhandel mit einer Eigenkapitalquote von 41 %. Unter dem Landesdurchschnitt lagen — neben den bereits erörterten Branchen — das Baugewerbe, der Großhandel und die Handelsvermittlung.

Beim verarbeitenden Gewerbe, dem der Bilanzsumme nach bedeutendsten Bereich, betrug der Anlagevermögensanteil 42 % und die Eigenkapitalquote 39 %.

Das Baugewerbe und der Großhandel kommen dagegen mit relativ wenig Anlagevermögen und dementsprechend mit einer geringeren Eigenkapitaldecke aus. Dafür sind der Anteil des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme und die Fremdkapitalquote besonders hoch. Die relativ größten Vorratsvermögen unterhalten naturgemäß das Baugewerbe und der Einzelhandel. Im Baugewerbe entfielen 76 % der Aktiva auf das Umlaufvermögen, 40 % davon waren Vorräte und 36 % Betriebskapital, das vornehmlich aus Forderungen für ganz oder teilweise fertiggestellte Bauten besteht.

Beim Großhandel betrug der Anteil des Umlaufvermögens 74 % der Bilanzsumme, davon entfielen auf die Vorräte 26 % und auf das Betriebskapital, das insbesondere aus Forderungen für Warenlieferungen resultiert, sogar 48 %. Dementsprechend ist auch die mit 71 % hohe Fremdkapitalquote für den Großhandel charakteristisch.

Auch nach der Rechtsform der gewerblichen Betriebe fallen die Relationen von Anlagevermögen und Eigenkapital zum Rohvermögen bzw. zur Bilanzsumme unterschiedlich aus.

Von den über 22 000 erfaßten gewerblichen Betrieben (ohne Kreditinstitute, Versicherungsvereine und Beteiligungsgesellschaften) mit einer Bilanzsumme von 28 Mrd. DM waren 12 000, also über die Hälfte, natürliche Personen, auf die aber nur 5 Mrd. DM der Bilanzsumme entfielen. Für diese Betriebe wurde das

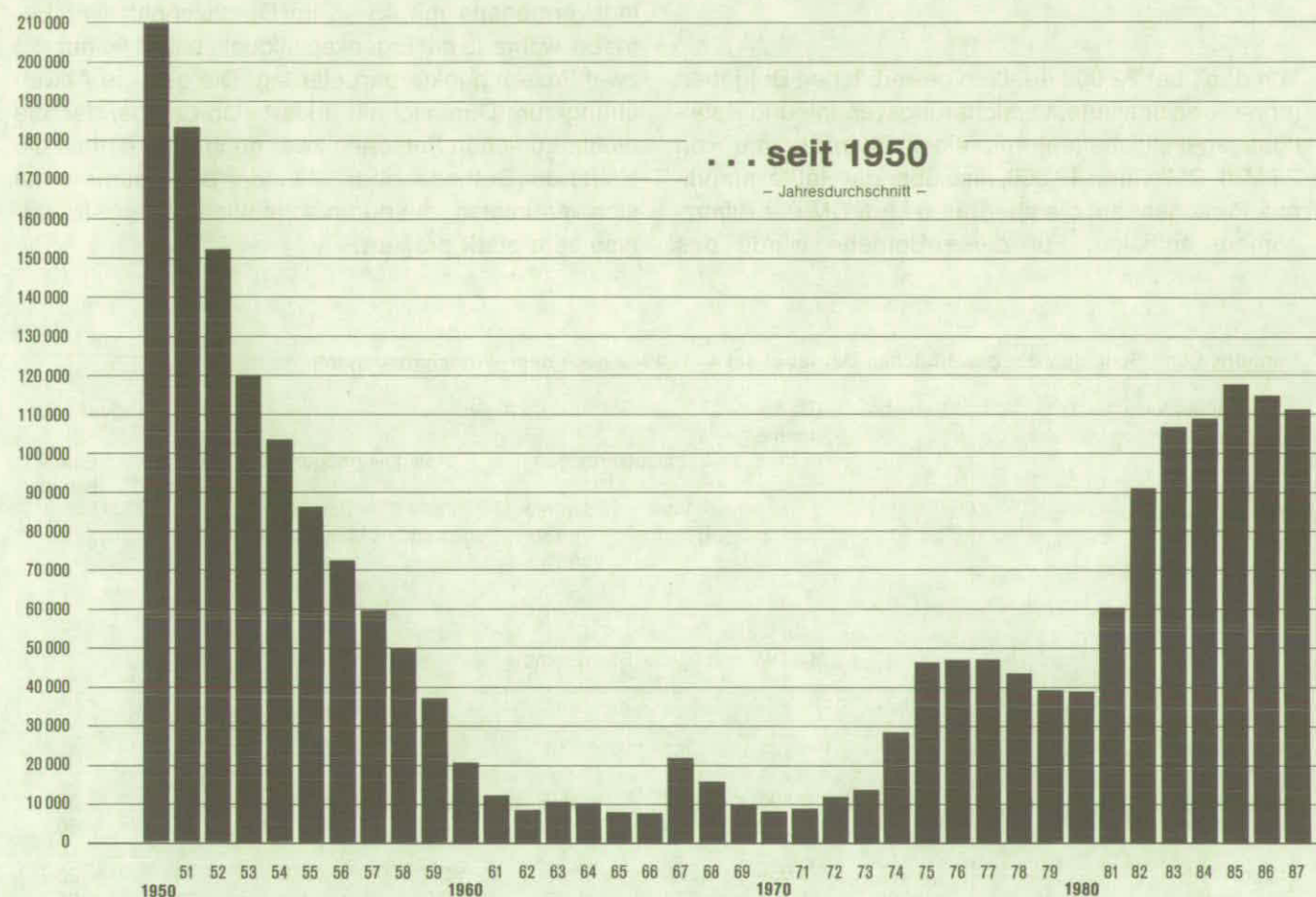
Anlagevermögen fast vollständig durch das Eigenkapital gedeckt; die Eigenkapitalquote lag mit 45 % um neun Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Bei den nichtnatürlichen Personen war der Anteil des Anlagevermögens mit 45 % im Durchschnitt aller Betriebe, während die Eigenkapitalquote mit 34 % nur um zwei Prozentpunkte darunter lag. Die geringe Abweichung zum Durchschnitt erklärt sich daraus, daß die nichtnatürlichen Personen zwar noch nicht einmal die Hälfte der Betriebe, aber 83 % der Bilanzsumme auf sich vereinigten, die durch schnittliche Bilanzstruktur also sehr stark prägten.

Vermögen und Schulden der gewerblichen Betriebe¹ am 1. 1. 1983 nach dem Wirtschaftsbereich

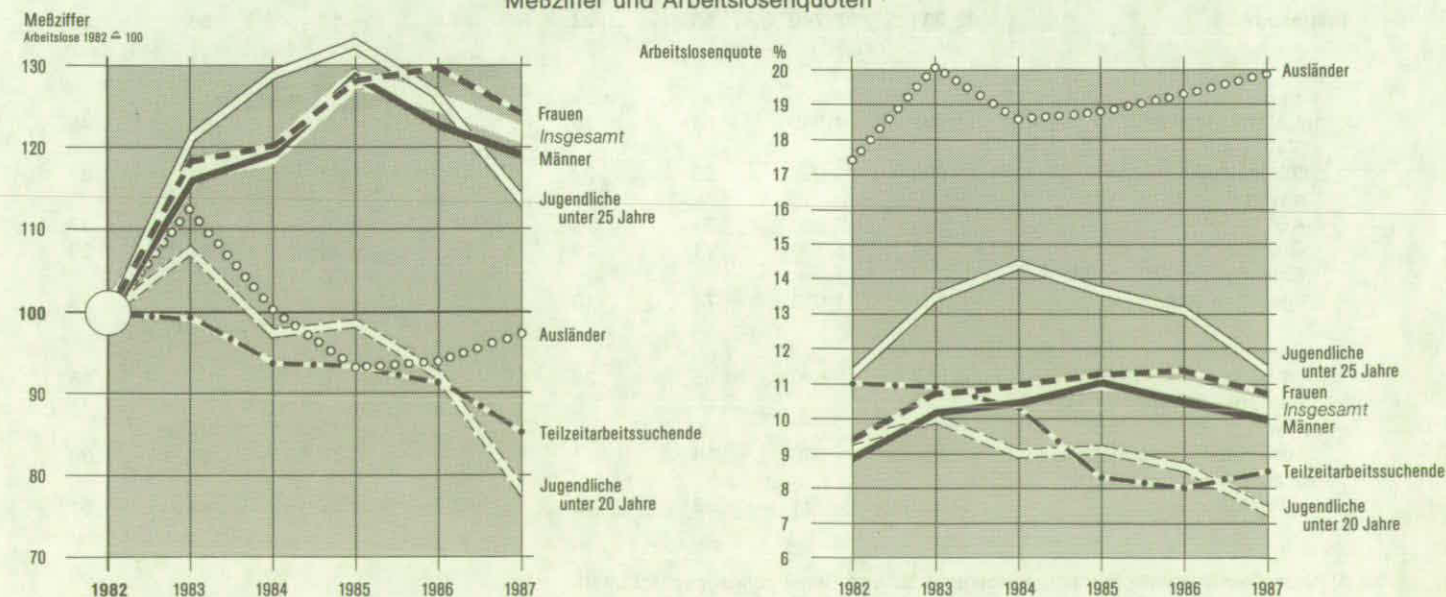
Wirtschaftsbereich	Betriebe	Bilanzsumme	Aktiva				Passiva	
			Umlaufvermögen		Anlagevermögen		Fremdkapital	Eigenkapital
			insgesamt	darunter Vorratsvermögen	insgesamt	darunter Maschinen- und ähnliche Anlagen		
			in Mill.DM	in % der Bilanzsumme				
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	336	224	60	14	40	14	58	42
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	102	3 698	24	2	76	62	64	36
Verarbeitendes Gewerbe	3 901	8 130	58	27	42	17	61	39
Baugewerbe	3 045	3 039	76	40	24	6	74	26
Großhandel	2 205	4 759	74	26	27	4	71	29
Handelsvermittlung	442	151	71	15	29	7	66	34
Einzelhandel	4 867	3 074	65	39	35	3	59	41
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 092	1 848	26	2	74	42	68	32
Dienstleistungen	6 341	2 815	40	8	60	8	51	49
Insgesamt	22 331	27 740	55	22	45	19	64	36
davon								
natürliche Personen	11 992	4 643	54	25	46	9	55	45
nichtnatürliche Personen	10 339	23 097	55	22	45	21	66	34
davon								
AG	24	2 920	34	9	66	54	63	37
GmbH	5 404	6 786	71	29	29	9	71	29
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	167	1 073	74	16	26	6	81	19
Personengesellschaften nach § 97 Abs. 1 Nr. 5 Bew. 9	4 517	10 640	55	25	45	15	62	38
Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	102	1 608	19	1	81	55	64	36
sonstige nichtnatürl. Personen	125	71	32	3	68	18	49	51

1) ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften

Arbeitslose ...



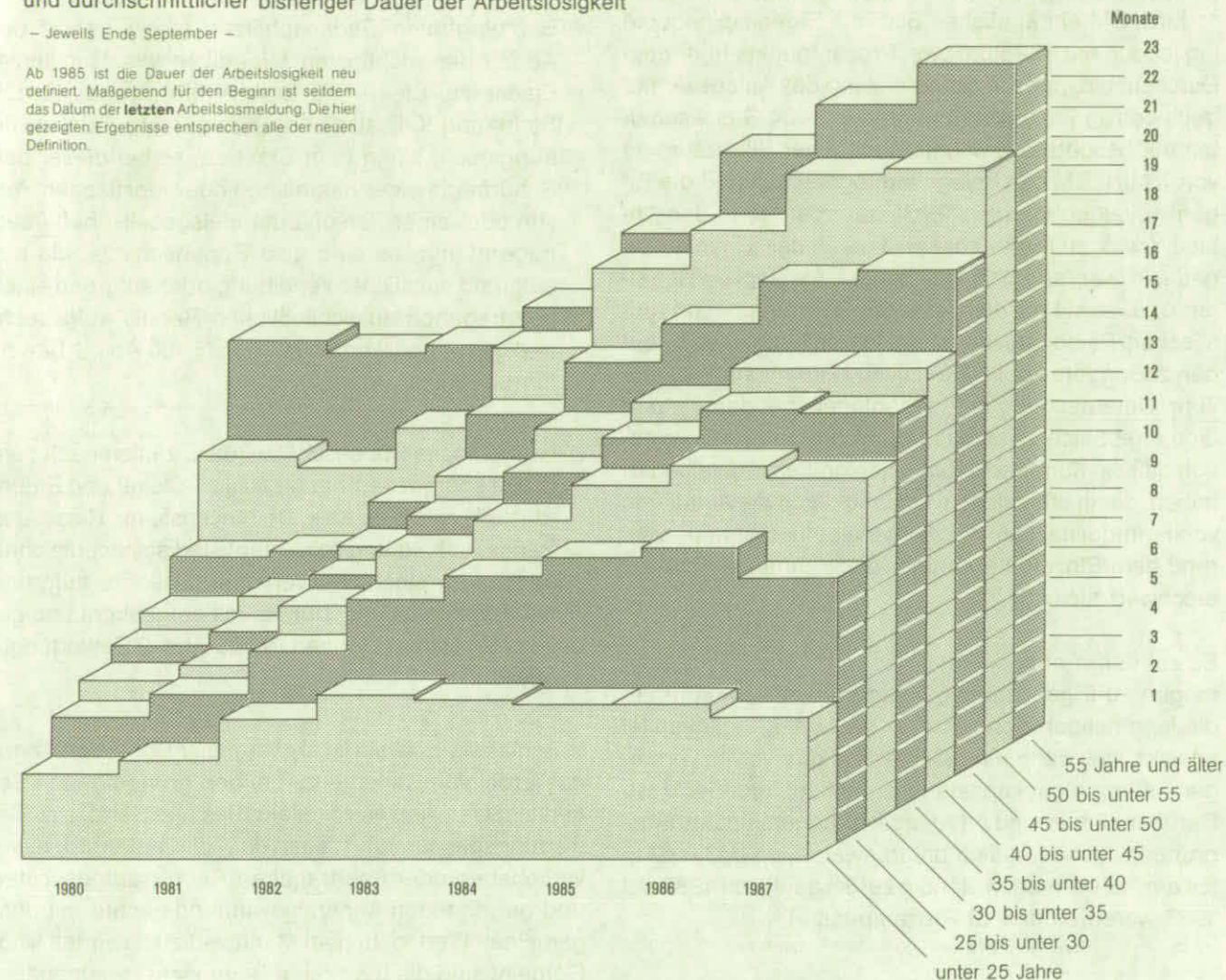
... seit 1982 nach ausgewählten Personengruppen — Jahresdurchschnitt —
Meßziffer und Arbeitslosenquoten¹



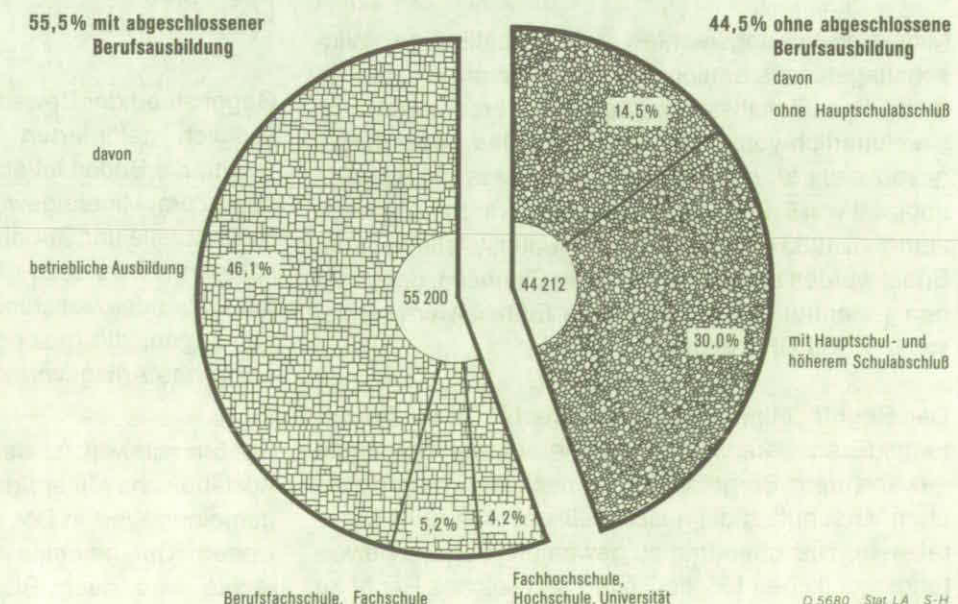
... 1980 bis 1987 nach Altersgruppen und durchschnittlicher bisheriger Dauer der Arbeitslosigkeit

— Jeweils Ende September —

Ab 1985 ist die Dauer der Arbeitslosigkeit neu definiert. Maßgebend für den Beginn ist seitdem das Datum der **letzten** Arbeitslosmeldung. Die hier gezeigten Ergebnisse entsprechen alle der neuen Definition.



... 1987 nach dem Bildungsstand — Ende September —



1) Die Arbeitslosenquote ist das Verhältnis der bei den Arbeitsämtern registrierten arbeitsfähigen und arbeitssuchenden Personen, die bisher noch nicht erwerbstätig waren oder aus einer Erwerbstätigkeit ausgeschieden sind, zu den un- selbstständigen Erwerbspersonen (erwerbstätige Beamte, Angestellte und Arbeiter zu- züglich registrierte Arbeitslose). Die Zuverlässigkeit der Arbeits- losenquoten leidet stark daran, daß Ergebnisse einer aktuellen Volkszählung nicht wie geplant zur Verfügung standen. Die Zahl der un- selbstständigen Erwerbspersonen resultiert nämlich aus dem Mikrozensus (1%- Stichprobe), der durch die fort- geschriebene Wohnbevölke- rung auf Basis der Volkszählung 1970 angepaßt wird und der auch eine Auswahlgrundlage in der Volkszählung 1970 hat. Näheres hierzu siehe "Wie zu- verlässig sind Arbeitslosen- quoten?" in dieser Zeitschrift, Heft 11/1983, S. 182.

Untersucht man diesen Teil der Unternehmen näher, so ergibt sich für die 4 517 Personengesellschaften (OHG, KG u. ä.) mit einer Bilanzsumme von zusammen 11 Mrd. DM ein ähnliches Bild: die Eigenkapitalquote lag jedoch mit 38 % um zwei Prozentpunkte über dem Durchschnitt, und die Unterdeckung des Anlagevermögens betrug 7 %. Während für die 5 404 Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einer Bilanzsumme von 7 Mrd. DM der Anlagevermögensanteil und die Eigenkapitalquote jeweils 29 % betrugen, d. h. das Anlagevermögen im Durchschnitt durch das Eigenkapital gedeckt war, ergaben sich für die Aktiengesellschaften u. ä. sowie für die Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, d. h. bei den besonders kapitalintensiven Körperschaften, größere Unterdeckungen des Anlagevermögens. Auch dies ergibt sich zwangsläufig, wenn man berücksichtigt, daß die Körperschaften einen großen Kapitalbedarf haben, der in erheblichem Umfang durch die Aufnahme von Fremdmitteln am Kapitalmarkt befriedigt wird, während dem Einzelunternehmer diese Finanzierungsart erschwert bleibt.

Es sei daran erinnert, daß das Verhältnis Anlagevermögen zu Eigenkapital günstiger ausfällt, wenn man die langfristigen Schulden als bedingtes Eigenkapital ansieht, weil dann ein größerer Teil des Vorratsvermögens durch eigenkapitalähnliche Mittel abgedeckt ist. Darüber hinaus sind im Anlagevermögen die Betriebsgrundstücke vermutlich unterbewertet, so daß ihr Anteil am Rohvermögen ständig zurückgeht (von 1980 auf 1983 waren es fast 10 Prozentpunkte).

Mineralgewinnungsrechte

Mineralgewinnungsrechte sind selbständige Wirtschaftsgüter, die analog dem Betriebsvermögen in regelmäßigen Zeitabständen bewertet werden, weil auch sie steuerlich von Bedeutung sind. Das Bewertungsgesetz sieht für die zeitnahe Wertanpassung eine Periodizität von 6 Jahren vor. Nach 1977 war turnusgemäß zum 1. 1. 1983 wiederum eine Hauptfeststellung fällig. Erfaßt wurden alle wirtschaftlichen Einheiten, deren auf den 1. Januar 1983 festgestellte Einheitswert mindestens 1 000 DM betrug.

Der Begriff „Mineralgewinnungsrecht“ ist im Bewertungsgesetz verankert. Ein Mineralgewinnungsrecht gewährt dem Bergeigentümer nach den bergrechtlichen Vorschriften die ausschließliche Befugnis, Mineralien aufzusuchen und zu gewinnen. Bei den bewertungsrechtlichen Möglichkeiten, ein solches Recht zu

erwerben, unterscheidet man zwischen bergfreien und grundeigenen Bodenschätzen:

1. Bei bergfreien Bodenschätzen (dazu gehört der Abbau der wichtigsten Mineralien wie Metallerze, Eisenerze, Stein- und Braunkohle, Erdgas, Erdöl, Stein- und Kalisalze und andere) steht das Gewinnungsrecht allein dem Staat zu, wobei dieser das Schürfrecht einer natürlichen oder juristischen Person oder einer Personenhandelsgesellschaft übertragen kann; es sind also Bodenschätze, die nur aufgrund staatlicher Verleihung oder aufgrund eines übertragenen ausschließlichen Rechts aufgesucht und gewonnen werden können (§ 100 Abs. 1 Bewertungsgesetz).
2. Grundeigene Bodenschätze (dazu zählen nach dem Bundesberggesetz hauptsächlich Steine und Erdenrohstoffe, wie z. B. Kalk, Dolomitensteine, Kiesel und Sande, Lehme und Tonsorten) sind solche, die ohne besondere staatliche Verleihung bereits aufgrund des Eigentums am Grundstück aufgesucht und gewonnen werden können (§ 100 Abs. 2 Bewertungsgesetz).

In Schleswig-Holstein ist als bergfreier Bodenschatz nur das Erdöl von Bedeutung, bei den grundeigenen Bodenschätzen sind es vor allem Kies und Sand. Das Bewertungsgesetz führt aus, daß die aufgrund eines verliehenen oder übertragenen Rechts aufgesuchten und gewonnenen Mineralgewinnungsrechte mit dem gemeinen Wert, d. h. dem Marktwert zu bewerten sind. Gemeint sind die bergfreien Bodenschätze, unabhängig von deren Erschließung. Dagegen ist für eine Bewertung der grundeigenen Bodenschätze Voraussetzung, daß mit der Aufschließung der Lagerstätte begonnen wurde.

Gegenstand der Bewertung sind nicht die letztlich tatsächlich geförderten Bodenschätze, sondern das Recht, die Bodenschätze aufzusuchen und zu gewinnen. Zum Mineralgewinnungsrecht gehören dessen Bestandteile und Zubehör, insbesondere also das Vorkommen. Nicht dazu gehören der Grund und Boden, die Gebäude, Maschinen und sonstigen Betriebsvorrichtungen, die gesondert als Grundbesitz oder bewegliches Anlagevermögen zu bewerten sind.

Als Einheitswert ist der gemeine Wert festzusetzen. Ausländische Mineralgewinnungsrechte sind mit dem gemeinen Wert in DM vom Abschlußzeitpunkt zu bewerten. Der gemeine Wert der Mineralgewinnungsrechte wird nach Richtlinien ermittelt, für die es

zwischen den Oberfinanzdirektionen arbeitsteilig spezielle Zuständigkeiten gibt.

Um eine möglichst vollständige Erfassung der Einheiten zu gewährleisten, wurden durch die Finanzämter Auskünfte bei den Bürgermeistern der Gemeinden bzw. bei Landschaftspflegebehörden der zuständigen Kreisverwaltungen eingeholt. Für die Bewertung ist das Finanzamt zuständig, in dessen Bezirk das Mineralgewinnungsrecht liegt (Lagefinanzamt). Nur für die Einheitswertfeststellung bei Erdöl und Erdgas ist das Betriebsfinanzamt zuständig; für Schleswig-Holstein bedeutet es, daß z. B. die Erdölgewinnung nicht in der Landesstatistik, sondern im jeweiligen Land der Konzernmütter bewertet und ausgewiesen wird.

Mineralgewinnungsrechte am 1. Januar 1983 nach Bodenschatzart

Bodenschatz	Mineralgewinnungsrechte			
	Anzahl	%	Einheitswert	
			1 000 DM	%
Mineralquellen	2	0,6	520	1,2
Sol- und Heilquellen	2	0,6	6	0,0
Torf	3	0,9	993	2,3
Heilmoore	1	0,3	186	0,4
Kalksteine, Dolomitsteine, Mergelsteine	6	1,7	6 562	15,4
Kiese und Sande	318	92,7	30 273	71,1
Lehme, Tone, Tonsteine, Kaoline, Betonite	8	2,3	3 268	7,7
Übrige Steine und Erden	3	0,9	769	1,8
Insgesamt	343	100,0	42 577	100,0

Da Schleswig-Holstein ein rohstoffarmes Land ist, fallen die statistischen Ergebnisse entsprechend gering aus. Einbezogen in das Bewertungsverfahren wurden insgesamt nur 343 Mineralgewinnungsrechte. Unterschieden nach den Bodenschatzarten zeigte sich mengenmäßig ein eindeutiges Übergewicht bei der Gewinnung von Kies und Sand, auf die fast 93 % aller bewerteten Rechte mit 30,3 Mill. DM oder 71 % des Gesamtvolumens aller Einheitswerte entfielen.

Gegliedert nach der im Bewertungsgesetz genannten Art des Rechts, entfielen auf die bergfreien Bodenschätze 18 oder 5 % der bewerteten Mineralgewinnungsrechte mit 7 Mill. DM oder 16 % der Einheitswerte und auf die grundeigenen Bodenschätze entsprechend 95 % der Rechte und fast 84 % der Einheitswerte. Das bedeutet, daß in Schleswig-Holstein die Gewinnungsrechte überwiegend aus dem Eigentum an einem Grundstück abgeleitet sind.

Als immaterielle Anlagegüter waren 56 % der Mineralgewinnungsrechte mit 26,9 Mill. DM oder 63 % des Einheitswertvolumens Bestandteil des Betriebsvermögens. Die übrigen Ausbeutungs- und Gewinnungsrechte waren verpachtet und daher steuerlich beim sonstigen Vermögen nachzuweisen.

Einheitswertgruppe Rechtsform Vermögensart Bergrechtsverhältnis	Mineralgewinnungsrechte am 1. 1. 1983			
	Anzahl	%	Einheitswert	
			Mill.DM	%
Einheitswert von ... bis unter ... DM				
unter 50 000	186	54,2	3,3	7,8
50 000 - 100 000	54	15,7	3,8	8,9
100 000 - 500 000	84	24,5	15,4	36,2
500 000 und mehr	19	5,5	20,1	47,1
Insgesamt	343	100,0	42,6	100,0
Rechtsform des Eigentümers				
natürliche Personen	233	67,9	20,6	48,4
Personengesellschaften	65	19,0	10,7	25,2
öffentl.-rechtl. Körpersch.	7	2,0	0,4	0,9
sonst. nichtnatürl. Personen	38	11,1	10,9	25,5
Vermögensart				
Betriebsvermögen	191	55,7	26,9	63,1
sonstiges Vermögen	152	44,3	15,7	36,9
Bergrechtliches Verhältnis				
bergfreier Bodenschatz	18	5,2	7,0	16,4
grundeigener Bodenschatz	325	94,8	35,6	83,6

Betrachtet man die Mineralgewinnungsrechte nach der Rechtsform der Eigentümer, so ergibt sich, daß fast 68 % natürliche Personen waren, die mit 21 Mill. DM 48 % des Einheitswertvolumens auf sich vereinigten. Auf sonstige nichtnatürliche Personen (z. B. Aktiengesellschaften) entfielen 11 % und auf Personengesellschaften (u. a. OHG, KG) 19 % der Rechte mit jeweils 25 % Anteil am Einheitswertvolumen. Die öffentlich-rechtlichen Körperschaften spielten dagegen eine unbedeutende Rolle.

Die Darstellung nach Einheitswertgrößenklassen zeigt, daß über die Hälfte der Mineralgewinnungswerte unter 50 000 DM lagen und nicht ganz 8 % des Einheitswertvolumens ausmachten. Die Einheitswertsummen konzentrierten sich auf die oberen Größenklassen. Die 19 Lagerstätten (5,5 %) mit einem Einheitswert ab 500 000 vereinigten 47 % aller Einheitswerte auf sich.

Leonhard Gawlik

Die Besteuerung der Vermögen 1983

Für die Veranlagung der vermögenssteuerpflichtigen natürlichen und juristischen Personen ist das Bewertungs- und Steuerrecht maßgebend. Das bedeutet u. a., daß nur Vermögen ab einer bestimmten Größenordnung veranlagt werden und in die Statistik darüber gelangen. Wenn auch die statistischen Ergebnisse daher naturgemäß kein vollständiges Bild der Vermögensbildung und -verteilung vermitteln können, so vermögen sie doch die Strukturen und Entwicklungen größerer Vermögen aufzuzeigen. Mit der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer auf den 1. Januar 1983 war wieder eine Vermögensteuerstatistik auf der Grundlage des Gesetzes über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 verbunden. Alle Angaben hierfür wurden dem Statistischen Landesamt aus dem automatischen Veranlagungsverfahren der Finanzverwaltung anonym auf Datenbändern übermittelt.

Steuerlich und damit auch statistisch erfaßt wurden von den unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen diejenigen, die ein abgerundetes Gesamtvermögen hatten, das 70 000 DM überstieg. Bei Zusammenveranlagungen muß das jeweils auf die Person berechnete Gesamtvermögen 70 000 DM übersteigen. Die Erklärungspflichtgrenze bei den unbeschränkt steuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen lag bei 20 000 DM.

Gegenüber der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer 1980 sind geringfügige Änderungen in der Besteuerung in Kraft getreten, die sich fast ausschließlich auf den Ansatz von Betriebsvermögen beziehen. So ist bei Kreditgenossenschaften der Abzug vom Rohvermögen in Höhe von 50 % der Geschäftsguthaben der Genossen weggefallen, und bei Sparkassen wird der Gesamtwert nicht mehr mit 85 %, sondern mit 100 % als Betriebsvermögen angesetzt. Für die Regelbewertung von Betriebsgrundstücken im Zusammenhang mit der Bewertung von Anteilen an Kapitalgesellschaften wurde der anzuwendende Satz von 250 % auf 280 % erhöht. In Angleichung an die Ertragsbesteuerung wurde im neu gefaßten § 98 a Bewertungsgesetz bestimmt, daß nunmehr neben Zöllen und Verbrauchssteuern auch die Umsatzsteuer auf Anzahlungen in der Vermögensaufstellung aktiviert wird. In Anlehnung an das Einkommensteuerrecht ist bei buchführenden Unternehmen und bei Unternehmen, deren Pensionszusagen der Insolvenzversicherungspflicht unterliegen, nunmehr der

Abzug des Teilwertes nach § 6 a Abs. 3 Einkommensteuergesetz zugelassen. Außerdem wird der Rechnungszinsfuß von 6 % statt bisher von 5,5 % zugrunde gelegt. Die Zusammenveranlagung mit Kindern über 18 Jahren, die nicht in der Berufsausbildung stehen, wurde gegenüber der Hauptveranlagung 1980 eingeschränkt.

Wer muß Vermögensteuer zahlen?

Wie bei der Einkommensteuer gibt es sowohl natürliche als auch juristische Personen, die steuerpflichtig sein können, und zwar beschränkt oder unbeschränkt. Unbeschränkt vermögenssteuerpflichtig sind

- a) natürliche Personen, die im Inland ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben;
- b) Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben, wie
 - Kapitalgesellschaften
 - Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
 - Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit
 - sonstige juristische Personen des privaten Rechts
 - nichtrechtsfähige Vereine, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts
 - Kreditanstalten des öffentlichen Rechts
 - Gewerbebetriebe im Sinne des Gewerbesteuer-gesetzes von juristischen Personen des öffentlichen Rechts

Ob auch ausländische nichtnatürliche Personen, die nach ausländischem Recht errichtet wurden, unbeschränkt vermögenssteuerpflichtig sind, wird nach dem deutschen Recht entschieden. Es kann sich dabei ergeben, daß eine Personenvereinigung, die nach ausländischem Recht als juristische Person anzusehen ist, nach deutschem Recht als Personengesellschaft nicht zur Vermögensteuer herangezogen wird.

Beschränkt steuerpflichtig im Sinne des § 2 Abs. 1 Vermögensteuergesetz sind alle natürlichen bzw. nichtnatürlichen Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt, ihren Wohnsitz, ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz nicht im Inland haben.

Was zählt zum Vermögen?

Nach dem Vermögensteuergesetz wird die Vermögensteuer für drei Kalenderjahre allgemein festgesetzt (Hauptveranlagung). Bemessungsgrundlage hierfür ist für die unbeschränkt Steuerpflichtigen das Gesamtvermögen, für die beschränkt Steuerpflichtigen das Inlandsvermögen. Um das Gesamtvermögen ermitteln zu können, muß zuerst das „Rohvermögen“ festgestellt werden. Es setzt sich aus folgenden Vermögensarten zusammen:

1. Land- und forstwirtschaftliches Vermögen
2. Grundvermögen
3. Betriebsvermögen
4. sonstiges Vermögen (Kapitalvermögen).

Bei den Vermögensarten 1. bis 3. werden zur Ermittlung des Gesamtvermögens Einheitswerte angesetzt. Für das sonstige Vermögen gilt das nur in bezug auf die darin enthaltenen Mineralgewinnungsrechte. Der Begriff Rohvermögen trifft nur für den Einheitswert des Grundbesitzes und für das sonstige Vermögen zu. Rohvermögen heißt, daß die Schulden, die diesem Vermögen gegenüberstehen, noch nicht in Abzug gebracht sind. Beim Betriebsvermögen werden die mit dem gewerblichen Betrieb im wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Schulden bereits bei der Feststellung des Einheitswertes abgezogen.

Das steuerpflichtige Gesamtvermögen ergibt sich aus der Verminderung des Rohvermögens um die damit zusammenhängenden Schulden und Lasten. Nach Abzug der Freibeträge verbleibt das steuerpflichtige Vermögen.

Bei der Beurteilung der Vermögensstruktur ist also zu berücksichtigen, daß die vier Vermögensarten verschiedenen Bewertungsmaßstäben und unterschiedlichen Bewertungszeitpunkten unterliegen. Die Vermögenswerte aus dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen sowie aus dem Grundvermögen, einschließlich der Betriebsgrundstücke, sind unterbewertet.

Mehr Steuerpflichtige und mehr Vermögen

Zum Stichtag 1. Januar 1983 wurden 28 715 Steuerpflichtige mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein mit einem steuerpflichtigen Vermögen von 18,4 Mrd. DM veranlagt. Das sind 14 % mehr Personen und 21,6 % mehr Vermögen als 1980. Die meisten Steuerpflichtigen (78 %) waren unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen. Gegenüber 1980 ist ihre Zahl allerdings unterdurchschnittlich gestiegen (10,9 %). Ihr steuerpflichtiges Vermögen 1983 betrug 10,6 Mrd. DM, 1980 waren es 8,8 Mrd. DM gewesen.

Die zweite nennenswerte Gruppe ist die der unbeschränkt steuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen. Diese 5 802 Personen mit einem steuerpflichtigen Vermögen von 7,7 Mrd. DM stellten 1983 jeden fünften Steuerpflichtigen, das sind 2,7 % mehr als im Jahre 1980. Auch die Steigerungsrate ihres steuerpflichtigen Vermögens lag mit 23,9 % über der der natürlichen Personen.

Die Gruppe der beschränkt steuerpflichtigen natürlichen bzw. nichtnatürlichen Personen spielt mit einem Anteil von 1,7 % bzw. 0,1 % an allen Steuerpflichtigen nur eine untergeordnete Rolle. Sie werden in die folgende Betrachtung nicht einbezogen.

Das Rohvermögen aller 28 193 unbeschränkt Steuerpflichtigen betrug 24,3 Mrd. DM. Davon entfielen 16,5 Mrd. auf die natürlichen Personen. Bei ihnen hatte — wie schon in der Vergangenheit — das sonstige Vermögen auch 1983 mit 7,7 Mrd. DM den größten Anteil am Rohvermögen. Es folgen das positive Betriebsvermögen mit 4,4 Mrd. DM und das Grundvermögen mit 4,3 Mrd. DM. Das land- und forstwirtschaftliche Vermögen hat mit 0,2 Mrd. DM eine relativ geringe Bedeutung. Betrachtet man die vier Erhebungsjahre seit 1974 im Zusammenhang, so fällt auf, daß es sowohl bei der Anzahl der Steuerpflichtigen wie auch beim Rohvermögen von 1974 zu 1977 und von 1980 zu 1983 relativ hohe Steigerungsraten gegeben hat. Vergleicht man aber die

Das Rohvermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

Jahr	Steuerpflichtige		Land- und forstwirtschaftliches Vermögen		Grundvermögen (inländisches und ausländisches)		Positives Betriebsvermögen		Sonst. Vermögen (Kapitalvermögen)		Rohvermögen	
	Anzahl	1974=100	Mill. DM	1974=100	Mill. DM	1974=100	Mill. DM	1974=100	Mill. DM	1974=100	Mill. DM	1974=100
1974	17 541	100	180,0	100	3 095,6	100	3 580,0	100	3 673,3	100	10 495,6	100
1977	19 920	113,6	199,8	111,0	3 883,4	125,4	4 589,5	128,2	4 909,2	133,6	13 527,1	128,9
1980	20 185	115,1	189,8	105,5	3 877,3	125,2	4 330,0	120,9	5 656,2	154,0	13 989,1	133,3
1983	22 391	127,6	192,6	107,0	4 333,1	140,0	4 386,4	122,5	7 659,6	208,5	16 500,9	157,2

Jahre 1980 und 1977, so fällt auf, daß hier die Anzahl der Steuerpflichtigen fast gleich geblieben ist, ebenso die Höhe des Rohvermögens. Beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, beim Grundvermögen und beim positiven Betriebsvermögen ist sogar ein Rückgang zu verzeichnen.

Der bedeutendste Vermögensteil der unbeschränkt steuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen ist erwartungsgemäß das Betriebsvermögen mit 7,1 Mrd. DM, gefolgt vom sonstigen Vermögen mit 0,7 Mrd. DM. Die anderen Vermögensarten spielen hier keine Rolle. Das Rohvermögen betrug 7,8 Mrd. DM.

Nach Abzug der Schulden und sonstigen Abzüge in Höhe von 2,9 Mrd. DM verblieb für alle unbeschränkt Steuerpflichtigen ein Gesamtvermögen von 21,3 Mrd. DM.

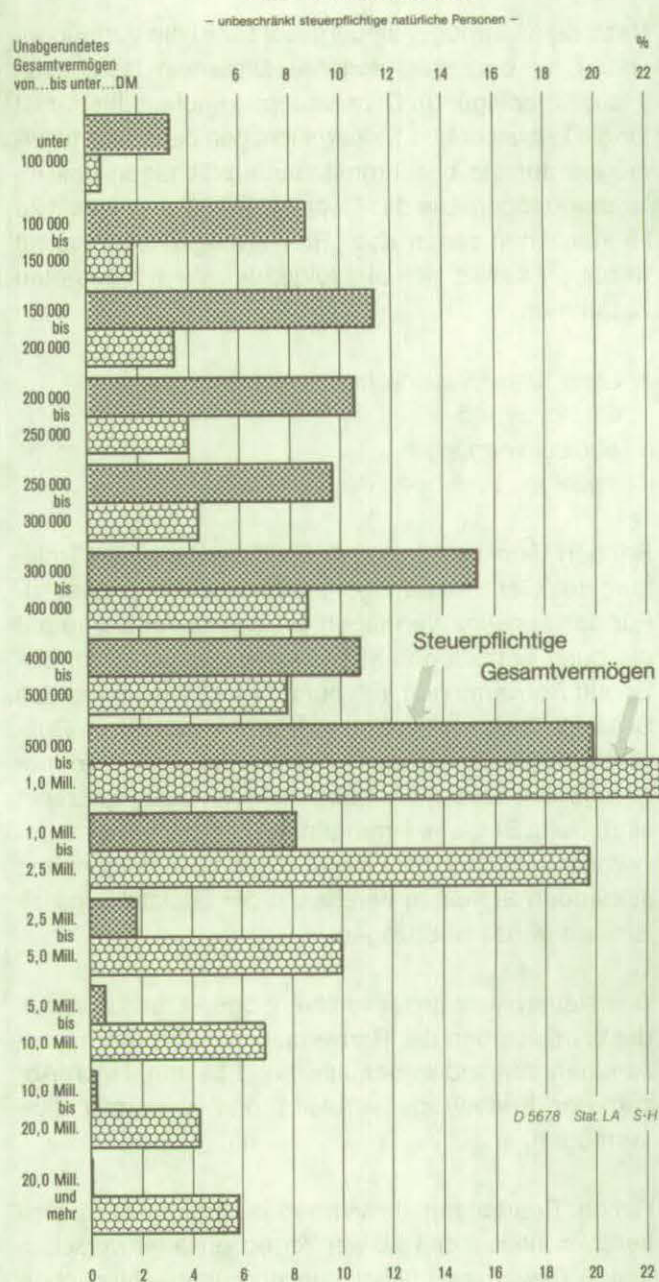
Also betrug das gesamte steuerpflichtige Vermögen 18,3 Mrd. DM nach Abzug der Freibeträge (3 Mrd. DM).

Vermögensverteilung

Der größte Teil des Vermögens konzentrierte sich auf wenige Steuerpflichtige. Wie bereits ausgeführt, ist das auch mit den Besteuerungsvorschriften zu begründen. Durch die bewertungsrechtlichen Begünstigungen beim Grundbesitz und die steuerlichen Entlastungen durch die Freibeträge wird eine bedeutende volkswirtschaftliche Vermögensmasse nicht von der Steuerpflicht und damit auch nicht in der Statistik erfaßt.

Es soll nun gesondert die Gruppe der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und ihre Verteilung des unabgerundeten Gesamtvermögens nach Größenklassen betrachtet werden. Ein Vergleich mit 1980 zeigt, daß der Anteil der Steuerpflichtigen in den unteren Größenklassen (bis 250 000 DM) abgenommen hat. In der Größenklasse 250 000 bis 300 000 DM blieb er gleich, in den folgenden Größenklassen bis 5 Mill. DM nahm er zu. Die Klassen über 5 Mill. DM waren 1983 relativ gleich schwach besetzt wie 1980. Es hat hier also eine Verschiebung der Anzahl der Steuerpflichtigen von den unteren zu den mittleren Größenklassen des Gesamtvermögens stattgefunden. Bei der Verteilung des Gesamtvermögens selbst ist eine ähnliche Tendenz abzulesen. Die Anteile in den Größenklassen bis 400 000 DM nehmen ab, in denen ab 500 000 DM nehmen sie zu. Die einzige Ausnahme bildet hier die Klasse 5 Mill. DM bis 10 Mill. DM mit einer Abnahme des Anteils.

Steuerpflichtige und ihr Vermögen 1983 nach Größenklassen



Eine weitere Betrachtung gilt den höchsten absoluten und relativen Veränderungen gegenüber 1983 in den einzelnen Größenklassen. Den größten absoluten Zuwachs hatte sowohl bei den Steuerpflichtigen wie auch beim Gesamtvermögen die Größenklasse von 500 000 bis 1 Mill. DM mit 673 Steuerpflichtigen mehr und einem um 489 Mill. DM höheren Gesamtvermögen. Den zweitgrößten Zuwachs an Steuerpflichtigen hatten die Vermögen zwischen 300 000 und 400 000 DM, nämlich 410 Personen. Bei dem Gesamtvermögen sind

es die zwischen 1 Mill. und 2,5 Mill. DM mit einem Plus von 419 Mill. DM. Den größten prozentualen Zuwachs — allerdings von geringer Basis aus — gab es bei den großen Gesamtvermögen von mehr als 20 Mill. DM, und zwar mit 52,9 % bei den Steuerpflichtigen und 35,0 % beim Vermögen. Nur die Klasse unter 100 000 DM hatte absolut (Steuerpflichtige: — 49; Gesamtvermögen: — 4 Mill. DM) und auch relativ (Steuerpflichtige: — 6,2 %; Gesamtvermögen: — 5,5 %) eine Abnahme zu verzeichnen.

Veränderung der Steuerpflichtigen und des Gesamtvermögens 1983 zu 1980 nach Vermögensgrößenklassen
— unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen —

Größenklasse des unabgerundeten Gesamtvermögens von ... bis unter ... DM	Steuer- pflichtige		Gesamtvermögen	
	Anzahl	%	Mill. DM	%
unter 100 000	— 49	— 6,2	— 4	— 5,5
100 000 - 150 000	+ 94	+ 5,3	+ 12	+ 5,3
150 000 - 200 000	+ 121	+ 5,0	+ 23	+ 5,5
200 000 - 250 000	+ 26	+ 1,1	+ 8	+ 1,5
250 000 - 300 000	+ 216	+ 11,0	+ 60	+ 11,2
300 000 - 400 000	+ 410	+ 13,6	+ 143	+ 13,7
400 000 - 500 000	+ 358	+ 17,5	+ 159	+ 17,4
500 000 - 1 000 000	+ 673	+ 17,8	+ 489	+ 18,9
1 Mill. - 2,5 Mill.	+ 255	+ 16,4	+ 419	+ 18,6
2,5 Mill. - 5 Mill.	+ 72	+ 21,7	+ 245	+ 22,0
5 Mill. - 10 Mill.	+ 15	+ 12,4	+ 104	+ 12,5
10 Mill. - 20 Mill.	+ 6	+ 15,8	+ 102	+ 20,5
20 Mill. und mehr	+ 9	+ 52,9	+ 209	+ 35,0
Insgesamt	+ 2 206	+ 10,9	+ 1 971	+ 17,0

Beteiligung am Erwerbsleben und Haushaltsgröße

Da das Vermögensteuergesetz grundsätzlich eine Haushaltsbesteuerung vorsieht oder, anders ausgedrückt, ein Veranlagungsfall mehrere Personen umfassen kann, ermöglichen die in den Vermögensteuerunterlagen enthaltenen Angaben eine Darstellung nach Haushaltsgrößenklassen.

Die Vermögensteuerstatistik weist auch die Beteiligung am Erwerbsleben einer Veranlagungsgemeinschaft (Haushaltsgröße) aus. Die Ergebnisse in der Gliederung nach der Erwerbsbeteiligung zeigen gegenüber 1980 einige Veränderungen. Bei der Struktur der Steuerpflichtigen gab es eine Verschiebung von den Erwerbstätigen zu den Nichterwerbstätigen, und zwar zu den Rentnern oder Pensionären. Dieser Trend war auch schon 1977 zu 1980 erkennbar gewesen, hat sich aber

für diese Erhebung noch verstärkt. Auch die Anteile am Gesamtvermögen veränderten sich zugunsten der Nichterwerbstätigen, und zwar um ebenfalls etwa drei Prozentpunkte.

Während sich die einzelnen Berufsgruppen mit ihren Anteilen am Gesamtvermögen ungefähr in den gleichen Größenordnungen bewegten wie 1980, haben die Gewerbetreibenden eine Abnahme von 3,6 % (Steuerpflichtige: — 3,5 %), und die Rentner und Pensionäre eine entsprechende Zunahme um 3,5 % (Steuerpflichtige: + 3,7 %) zu verzeichnen.

Steuerpflichtige und ihr Gesamtvermögen in sozialer Gliederung in %

— unbeschränkt steuerpflichtige Personen, unabgerundetes Gesamtvermögen —

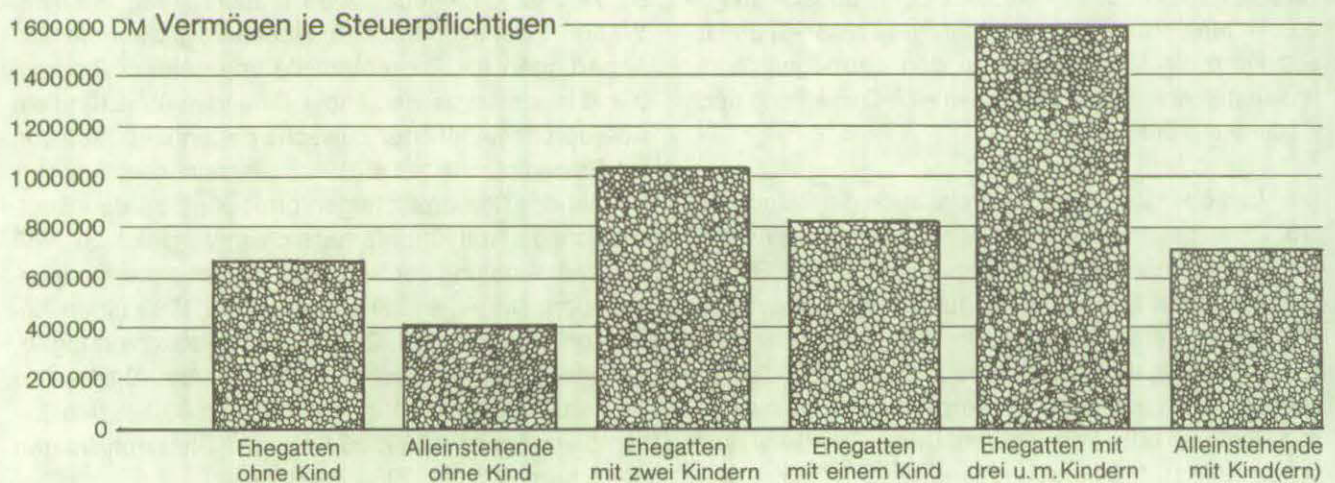
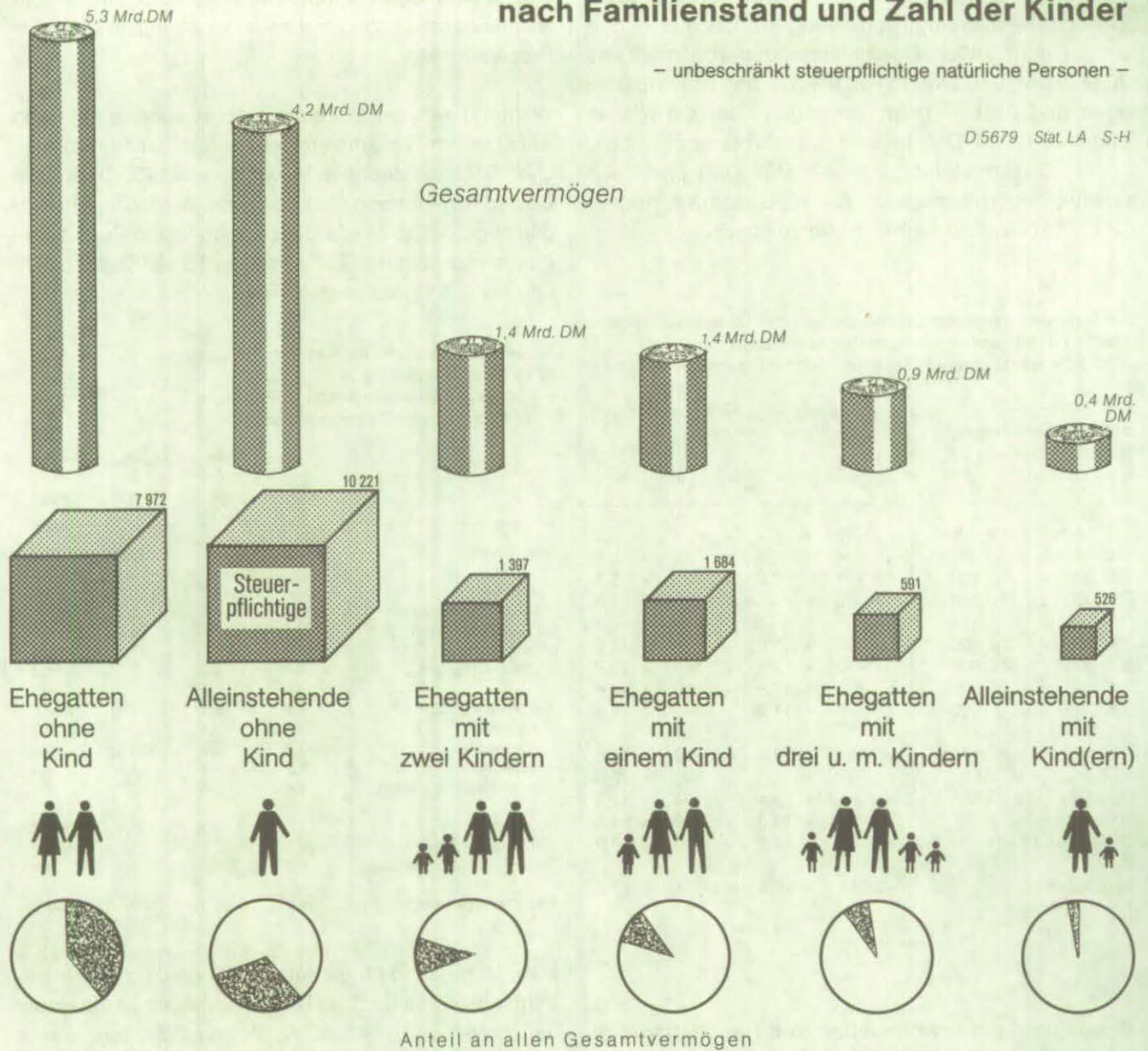
	Steuerpflichtige Gesamtvermögen			
	1980	1983	1980	1983
Erwerbstätige	58,2	54,7	73,6	70,7
Selbständige	50,4	46,6	66,6	62,0
Land- und Forstwirte	4,4	4,6	5,5	5,2
Gewerbetreibende	37,9	34,4	52,6	49,0
freie Berufe	7,2	6,7	7,1	6,6
sonst. Selbständige	0,8	0,9	1,3	1,2
Nichtselbständige	7,8	8,1	7,0	8,7
Arbeiter	0,4	0,4	0,2	0,5
Angestellte	5,6	5,9	5,1	6,1
Beamte	1,2	1,1	1,0	0,8
sonst. Nichtselbständige	0,6	0,6	0,7	1,4
Nichterwerbstätige	41,8	45,3	26,4	29,3
Rentner, Pensionäre	36,6	40,3	21,9	25,4
sonst. Nichterwerbstätige	5,2	5,0	4,4	3,9
Alle Steuerpflichtigen	100	100	100	100

Mitentscheidend für die Anzahl der gewährten Freibeträge und damit für das Gesamtvermögen ist die Haushaltsgröße. 48,0 % der Steuerpflichtigen waren Alleinstehende. Ihr Anteil ist gegenüber 1980 um 2,2 Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil der Ehegatten von 52,0 % ist gegenüber 1980 entsprechend gefallen. Während bei allen anderen Haushaltsgrößen die Veränderungen der Prozentanteile unter einem Prozentpunkt lagen, ist bei den Alleinstehenden ohne Kind ein überdurchschnittlicher Zuwachs gegenüber 1980 von 2,1 Prozentpunkte auf 45,6 % zu verzeichnen. Das Verhältnis der Steuerpflichtigen ohne Kind zu den Steuerpflichtigen mit Kindern hat sich im Vergleich zu 1980 weiter in Richtung der Steuerpflichtigen ohne Kind verschoben. Die Alleinstehenden hatten 1983 einen Anteil von 33,4 % (1980: 29,9 %) am Gesamtvermögen, die Ehegatten entsprechend 66,6 % (1980: 70,1 %). Die Steuerpflichtigen mit Kindern besaßen 30,3 % des Gesamtvermögens (1980: 35,1 %), die Steuerpflichtigen ohne Kind 69,7 % (1980: 64,9 %).

Steuerpflichtige und ihr Gesamtvermögen 1983 nach Familienstand und Zahl der Kinder

— unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen —

D 5679 Stat. LA S-H



Großvermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen 1983 nach kreisfreien Städten und Kreisen

KREISFREIE STADT/Kreis	Vermögensmillionäre			Gesamtvermögen		
	Anzahl	Anteil		Mill. DM	Anteil	
		an allen Steuerpflichtigen in %	am Land in %		an allen Steuerpflichtigen in %	am Land in %
FLensburg	107	14,0	4,4	236	49,7	3,7
KIEL	160	8,8	6,6	428	43,0	6,7
LÜBECK	210	11,6	8,7	799	59,0	12,5
NEUMÜNSTER	71	11,1	2,9	134	39,6	2,1
Dithmarschen	83	6,7	3,4	195	33,6	3,0
Hzgt. Lauenburg	227	14,0	9,4	701	57,9	11,0
Nordfriesland	134	9,1	5,5	272	36,6	4,3
Ostholstein	163	8,6	6,7	343	36,3	5,4
Pinneberg	302	11,7	12,5	788	47,0	12,4
Plön	98	10,9	4,0	277	48,9	4,3
Rendsburg-Eckernförde	216	11,8	8,9	538	47,5	8,4
Schleswig-Flensburg	108	9,2	4,5	261	41,0	4,1
Segeberg	163	12,4	6,7	404	47,4	6,3
Steinburg	106	9,1	4,4	283	42,8	4,4
Stormarn	272	12,7	11,2	724	50,7	11,3
Schleswig-Holstein	2 420	10,8	100	6 383	47,0	100

Vermögensmillionäre

1983 gab es in Schleswig-Holstein 2 420 Vermögensmillionäre, 17,3 % mehr als 1980. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen stieg von 10,2 % auf 10,8 %.

Vom Gesamtvermögen aller Steuerpflichtigen entfiel auf die Millionäre ein Anteil von 47,0 %, drei Jahre zuvor waren es 45,6 % gewesen. Von der Gesamtsteuerschuld wurden sogar 56,5 % durch die Großvermögen getragen, nur wenig mehr als 1980 (56,0 %).

79,0 % der Millionäre gingen einer Erwerbstätigkeit nach. Selbständig waren davon 90,3 %. Die größte Berufsgruppe der Erwerbstätigen waren mit 72,6 % die Gewerbetreibenden. Nichterwerbstätig waren nur 21 % der Steuerpflichtigen mit Großvermögen. Rentner und Pensionäre waren hiervon 80,9 %, die übrigen waren sonstige Nichterwerbstätige. Alleinstehend waren 27,6 % der Millionäre, verheiratet 72,4 %, und 36,3 % hatten Kinder.

Auf 10 000 Einwohner der Landesbevölkerung kamen 1983 ungefähr 9 Millionäre (1980: 8, 1977: 7). Ist auch

das Gesamtvermögen der Millionäre im Landesdurchschnitt mit 2,6 Mill. DM genauso groß wie 1980, so gibt es doch keinen Landkreis bzw. keine kreisfreie Stadt mehr, in denen deren Durchschnittsvermögen über 4 Mill. DM liegt (1980: Kreis Segeberg 4,2 Mill. DM). Das höchste Durchschnittsvermögen dieser Gruppe gab es in der Stadt Lübeck mit 3,8 Mill. DM, das niedrigste in der Stadt Neumünster mit 1,9 Mill. DM.

Die Vermögen der Unternehmen und Körperschaften

Das steuerpflichtige Vermögen der inländischen Unternehmen und Körperschaften ist identisch mit ihrem Gesamtvermögen, weil es hier keine Freibeträge gibt. Es hatte 1983 eine Größenordnung von 7,7 Mrd. DM, 24,0 % mehr als 1980. Ein Anteil von 39,3 % entfiel auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 19,0 % auf die Aktiengesellschaften, 14,3 % auf die Kreditanstalten des öffentlichen Rechts, 10,5 % auf sonstige Rechtsformen, 9,4 % auf Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und nur 0,5 % auf Versicherungsver-
eine auf Gegenseitigkeit. Im durchschnittlichen steuerpflichtigen Vermögen lagen die Aktiengesellschaften mit 47,2 Mill. DM an erster Stelle, gefolgt von

Unbeschränkt steuerpflichtige nichtnatürliche Personen und ihr Vermögen 1983 nach Vermögensgrößenklassen in %

Größenklasse des unabgerundeten Gesamtvermögens von ... bis unter ... DM	Steuerpflichtige	Steuerpflichtiges Vermögen
unter 50 000	39,1	0,9
50 000 - 100 000	25,1	1,2
100 000 - 250 000	15,4	1,8
250 000 - 500 000	5,9	1,6
500 000 - 1 000 000	4,6	2,5
1 Mill. - 2,5 Mill.	4,0	4,7
2,5 Mill. - 5 Mill.	2,4	6,2
5 Mill. - 10 Mill.	1,5	7,9
10 Mill. - 50 Mill.	1,6	27,5
50 Mill. und mehr	0,5	45,8
Insgesamt	100	100

öffentlichen Rechts waren es 9,8 Mill. DM, je sonstige nichtnatürliche Personen 5,6 Mill. DM, je Versicherungsverein 4,7 Mill. DM, je Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft 2,8 Mill. DM und je GmbH 0,6 Mill. DM.

Über 90 % der unbeschränkt Steuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen hatten ein Vermögen von unter einer Mill. DM, sie vereinigten aber nur 8 % aller steuerpflichtigen Vermögen auf sich. 1980 waren es 88,4 % mit einem Anteil von 7,6 % gewesen. Umgekehrt besaßen gut 10 % der Unternehmen und Körperschaften über 90 % aller steuerpflichtigen Vermögen. Das steuerpflichtige Vermögen nimmt also von der kleinsten bis zur größten Größenklasse umgekehrt proportional zur Anzahl der Steuerpflichtigen zu.

den Kreditanstalten des öffentlichen Rechts mit 24,0 Mill. DM. Je Betrieb von juristischen Personen des

Jürgen Hinrichsen-Kroymann

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
/ = Zahlenwert nicht sicher genug
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

40. Jahrgang . Heft 6 . Juni 1988

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSSENDE	1 000	2 613	... ^a	2 613	2 612	2 612	... ^a	... ^a
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen	Anzahl	1 303	1 372	624	941	1 310	503	713
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,0	... ^a	3,1	4,2	6,1	... ^a	... ^a
*Lebendgeborene	Anzahl	2 058	2 163	1 958	2 208	2 114	2 087	2 215
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	... ^a	9,8	9,9	9,8	... ^a	... ^a
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 582	2 574	2 481	2 815	2 584	2 489	2 509
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,9	... ^a	12,4	12,7	12,0	... ^a	... ^a
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	16	14	11	22	20	13
* je 1 000 Lebendgeborene		7,8	7,4	7,2	5,0	10,4	9,6	5,9
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 524	- 411	- 523	- 607	- 470	- 402	- 294
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,4	... ^a	- 2,6	- 2,7	- 2,2	... ^a	... ^a
WANDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 195	...	4 150	6 863	5 040
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 795	...	3 401	6 721	4 582
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 400	...	+ 749	+ 142	+ 458
*Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 548	...	8 412	12 770	8 576
Wanderungsfälle	Anzahl	19 538	...	15 963	26 354	18 198
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	114	111	130	125	110	126	125	118	109
darunter *Männer	1 000	65	64	79	76	65	74	74	70	63
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	10,6	10,1	19,2	18,9	12,5	14,5	17,1	16,2	12,3
darunter Männer	1 000	9,4	8,8	17,7	17,4	11,4	13,4	15,7	15,1	11,4
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	4,3	5,4	5,3	6,2	6,1	4,9	5,9	6,7	6,6
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 540 ^b	1 497 ^b
darunter *Milchkühe	1 000	514 ^b	480 ^b
(ohne Ammen- und Mutterkühe)										
*Schweine	1 000	1 718 ^b	1 632 ^b	.	.	1 720	.	.	.	1 647
darunter *Zuchtsauen	1 000	191 ^b	169 ^b	.	.	185	.	.	.	167
darunter *trächtig	1 000	129 ^b	116 ^b	.	.	122	.	.	.	111
SCHLACHTUNGEN ²⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	48	47	41	49	37	39	35	40	36
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	0	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	227	213	205	222	202	212	213	211	198
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	3	3	3	3	2	3	2	1	1
*SCHLACHTMENGEN ³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN ²⁾										
(ohne Geflügel)	1 000 t	32,6	31,3	28,3	32,2	27,1	29	27,9	29,6	27,7
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	14,0	13,6	11,6	14,1	10,3	11,3	10,2	11,7	10,7
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	18,4	17,4	16,5	17,9	16,5	17,5	17,5	17,6	16,7
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für ²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	292	294	291	290	283	294	297	296	300
Kälber	kg	117	119	108	113	110	120	127	128	126
Schweine	kg	82	83	82	82	82	84	83	84	84
GEFLÜGEL										
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	122	101
*für Legehennenküken	1 000	1	1	-	-	-	-	-	-	-
für Masthühnerküken										
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	120	126
*MILCHERZEUGUNG										
1 000 t		218	199	183	215	239	p 188	173	204	213
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	94	92	97	p 94	94	91	96
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,8	13,2	13,2	14,0	16,0	p 12,6	12,4	13,7	14,7

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien

a) Die Veröffentlichung der Bevölkerungszahlen sowie der Zahlen, die auf die Bevölkerung Bezug nehmen, wird ab Juni 1987 bis zum Vorliegen der neuen Ausgangsbasis (Volkszählungsergebnis vom 25. Mai 1987) ausgesetzt

b) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
			Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	167	164	163	163	163	163	162	163	163
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	112	111	110	111	110	110	110	110
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 705	15 228	14 943	15 781	15 479	14 873	15 373	16 493	15 183
*Lohnsumme	Mill. DM	328,7	331,1	281,0	296,9	326,6	307,0	298,3	317,3	334,3
*Gehaltssumme	Mill. DM	229,1	239,1	215,4	222,3	227,7	228,6	225,4	234,9	241,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 698	1 763	1 548	1 828	1 655	1 850	2 158	1 940	1 842
aus dem Inland	Mill. DM	1 123	1 177	1 053	1 194	1 109	1 266	1 182	1 313	1 102
aus dem Ausland	Mill. DM	575	586	496	634	546	584	976	627	739
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 054	2 995	2 676	2 987	2 979	2 652	3 071	3 187	3 073
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 399	2 321	2 098	2 266	2 360	2 078	2 107	2 488	2 258
*Auslandsumsatz	Mill. DM	656	675	578	722	620	574	964	699	815
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	15	14
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m³	34,8	39,0
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	51	76
*leichtes Heizöl	1 000 t	10	8
*schweres Heizöl	1 000 t	42	68
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	242	255	245	250	263	259	263	281	255
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	26	29	23	24	24	33	31	33	29
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	104,5	...	105,7	106,8	115,7
BAUHAUPTGEWERBE ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 895	39 653	34 672	36 737	39 716	37 144	36 313	36 292	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 271	4 128	1 851	2 352	4 622	2 875	2 730	3 445	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	1 587	1 478	780	908	1 570	1 179	1 063	1 321	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	941	991	527	672	1 129	777	765	830	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 629	1 566	506	734	1 857	863	868	1 240	...
*Lohnsumme	Mill. DM	87,1	87,1	39,4	45,0	89,4	64,5	57,7	66,3	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	17,8	18,2	15,4	16,3	17,0	16,4	16,0	16,4	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	370,0	343,9	126,7	158,6	257,3	194,0	206,9	261,0	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	210,9	204,4	110,4	234,8	251,3	131,9	179,3	258,0	...
AUSBAUGEWERBE ⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 068	7 074	6 811	6 753	6 786	6 954	6 883	6 895	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	842	840	750	816	819	768	798	867	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	17,9	18,7	15,8	16,5	17,1	16,8	17,3	18,5	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	52,6	53,4	35,0	42,5	41,4	31,5	44,5	54,9	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG ¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 875	...	2 621	2 785	2 532
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	909	...	987	1 039	891
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m³
HANDWERK										
						1.Vj.87	1.Vj.88			
HANDWERK (Meßzahlen) ¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	97,6	98,2	.	93,4	.	.	.	95,5	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	136,8	142,0	.	103,9	.	.	.	120,6	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
			Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	486	428	289	425	431	286	359	430	536
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	425	388	267	376	403	262	324	396	469
*2 Wohnungen	Anzahl	47	26	16	30	22	10	24	26	47
*Rauminhalt	1 000 m³	345	306	189	325	293	220	243	313	396
*Wohnfläche	1 000 m²	62	54	36	57	51	38	42	56	68
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	97	108	61	76	123	79	75	96	100
*Rauminhalt	1 000 m³	400	414	175	217	647	494	245	327	454
*Nutzfläche	1 000 m²	64	73	32	42	113	74	43	61	72
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	727	609	390	695	531	506	452	600	788
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	797,9	846,4	965,4	868,8	813,3
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	130,7	128,5	154,7	150,0	171,4
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	667,2	717,9	810,7	718,8	641,9
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	14,8	14,7	12,0	16,8	15,0
*Halbwaren	Mill. DM	47,5	47,5	39,5	46,7	46,1
*Fertigwaren	Mill. DM	604,9	655,7	759,1	655,3	580,9
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	87,3	94,7	92,9	99,2	96,4
*Enderzeugnisse	Mill. DM	517,6	560,9	666,2	556,1	484,5
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	398,0	404,9	373,6	419,6	437,3
darunter Niederlande	Mill. DM	78,5	75,9	69,2	82,8	83,6
Dänemark	Mill. DM	73,1	73,4	72,6	74,9	78,8
Frankreich	Mill. DM	72,0	73,1	68,7	77,9	75,8
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	66,0	66,9	64,5	61,5	69,3
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	100	p 105,5	p 86,4	p 99,6	p 108,8	p 90,4	p 93,1	p 111,3	...
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	100	p 103,1	p 63,5	p 75,6	p 98,7	p 71,5	p 71,0	p 84,6	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSGÄSTEN										
MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	258	257	101	140	255	p 90	p 111
darunter *von Auslandsgästen	1 000	32	32	14	19	31	p 11	p 14
*Übernachtungen	1 000	1 423	1 428	364	544	1 211	p 361	p 415
darunter *von Auslandsgästen	1 000	58	59	28	41	60	p 27	p 33
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 323	...	1 249	1 368	1 234
Güterversand	1 000 t	743	...	809	884	942
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	135	113	79	112	114	113	116	r 146	106
*Güterversand	1 000 t	159	155	132	142	157	141	141	153	128
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE	Anzahl	10 184	10 479	8 370	12 956	14 160	6 180	8 791
darunter Krafträder										
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	216	235	117	604	849	33	102
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	9 316	9 535	7 670	11 524	12 347	5 629	8 092
*Lastkraftwagen										
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	382	410	341	451	533	331	373
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 396	1 317	940	978	1 218	1 224	1 302	p 1 221	p 1 134
*Getötete Personen	Anzahl	31	28	27	31	32	42	24	p 30	p 26
*Verletzte Personen	Anzahl	1 799	1 699	1 200	1 248	1 547	1 616	1 636	p 1 597	p 1 468

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
		Monats- durchschnitt ¹⁾	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN ²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	73 724	76 179	73 632	74 008	74 278	75 945	76 405	76 240	...
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	72 255	74 711	72 135	72 456	72 795	74 485	74 913	74 799	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 721	8 868	9 278	9 443	9 251	8 827	9 119	9 126	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 384	8 685	9 087	9 283	9 012	8 627	8 569	8 968	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	337	183	191	161	239	199	550	158	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 384	4 376	4 764	4 665	4 777	4 307	4 318	4 275	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 077	3 693	3 966	3 910	4 043	3 624	3 629	3 584	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 308	684	798	754	735	683	690	692	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	57 149	61 466	58 093	58 347	58 766	61 352	61 476	61 398	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	43 173	45 288	43 358	43 468	43 673	45 343	45 365	45 386	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 977	16 178	14 735	14 879	15 093	16 008	16 111	16 012	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	50 691	54 562	51 406	51 228	51 348	54 687	54 888	54 390	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	31 571	34 412	32 120	31 901	32 021	34 515	34 632	34 163	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	24 780	27 033	24 958	24 851	24 903	27 272	27 971	27 023	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 791	7 379	7 163	7 050	7 118	7 242	7 272	7 140	...
*Spareinlagen	Mill. DM	19 120	20 150	19 286	19 328	19 327	20 173	20 256	20 227	...
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	13 759
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 088	1 023	.	.	3 569	.	.	3 639	.
*Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	975	990	.	.	3 367	.	.	3 560	.
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	73	63	49	60	106	50	68	58	59
*Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	-	1	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	281	227	272	242	196	163	145	185	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,9	1,7	2,3	2,3	1,4	0,9	0,7	1,0	...
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART		Vierteljahres- durchschnitt		1.Vj.87		1.Vj.88				
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 564,8	2 711,6	.	2 640,7	.	2 773,3	.	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 827,3	1 900,2	.	1 718,3	.	1 798,4	.	.	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 323,8	1 422,2	.	1 257,4	.	1 331,1	.	.	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	249,6	257,3	.	225,0	.	252,7	.	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	29,8	36,7	.	34,4	.	43,2	.	.	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	224,2	184,1	.	201,6	.	171,3	.	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	737,4	811,4	.	922,4	.	975,0	.	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	438,7	498,0	.	635,9	.	643,8	.	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	298,8	313,4	.	286,5	.	331,2	.	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	134,1	132,5	.	143,2	.	145,1	.	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	.	0,0	.	0,0	.	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	120,0	117,8	.	114,6	.	113,5	.	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	187,3	180,6	.	183,1	.	187,2	.	.	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	25,8	30,1	.	26,5	.	34,2	.	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	90,5	83,7	.	87,5	.	79,9	.	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	7,1	6,7	.	5,5	.	5,7	.	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	278,3	276,7	.	256,1	.	274,5	.	.	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,6	7,7	.	7,7	.	7,7	.	.	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	67,5	68,9	.	66,9	.	70,9	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	193,5	190,7	.	171,8	.	188,6	.	.	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 330,4	1 401,2	.	1 384,9	.	1 444,9	.	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	700,1	726,1	.	644,0	.	666,4	.	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	479,3	527,4	.	599,5	.	633,7	.	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,9	15,3	.	1,8	.	0,4	.	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 518,6	1 549,2	.	1 520,6	.	1 591,8	.	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	865,8	895,4	.	825,0	.	864,9	.	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	448,5	458,0	.	514,4	.	540,1	.	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,9	15,3	.	1,8	.	0,4	.	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	510,3	519,2	.	252,0	.	275,9	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	159,7	160,2	.	175,5	.	189,4	.	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	265,9	273,1	.	7,7	.	0,5	.	.	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1986	1987	1987			1988			
	Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT 1980 = 100									
Einfuhrpreise	101,0	94,4	93,7	93,9	94,2	93,5	93,8	93,6	...
Ausfuhrpreise	116,8	115,5	115,0	115,1	115,2	116,3	116,4	116,8	...
Grundstoffpreise ⁶⁾	104,7	99,7	98,6	98,7	98,8	100,1	100,0
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ⁶⁾	118,2	115,6	115,5	115,4	115,1	116,0	116,0
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	97,2	93,9	94,2	95,7	95,3	94,6	p 94,2	p 94,2	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Baulleistungen am Gebäude	116,2	118,6	117,4	.	.	.	119,7	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	108,4	103,9	104,6	104,8	104,8	103,7	p 103,8	p 103,8	...
Einzelhandelspreise	117,3	117,8	117,7	117,7	117,9	118,0	118,3	118,2	118,6
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	120,7	121,0	120,7	120,7	121,0	121,5	121,8	121,9	122,2
darunter für									
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	117,6	117,0	117,6	117,4	117,9	116,6	117,1	116,9	117,4
Bekleidung, Schuhe	120,6	122,2	121,7	121,9	122,0	123,0	123,2	123,3	123,5
Wohnungsmieten	126,4	128,7	127,9	128,1	128,3	130,0	130,4	130,7	130,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	116,4	106,1	106,7	106,0	105,1	103,9	103,2	102,4	103,4
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	119,1	120,5	120,0	120,1	120,3	121,1	121,4	121,6	121,7
LÖHNE UND GEHALTER									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	715	735	.	.	726	739	.	.	.
darunter *Facharbeiter	746	768	.	.	759	774	.	.	.
*weibliche Arbeiter	496	515	.	.	511	523	.	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	470	488	.	.	490	496	.	.	.
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	17,53	18,07	.	.	17,93	18,38	.	.	.
darunter *Facharbeiter	18,38	18,95	.	.	18,80	19,25	.	.	.
*weibliche Arbeiter	12,60	13,13	.	.	13,00	13,32	.	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	12,00	12,49	.	.	12,41	12,65	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	40,7	40,5	.	.	40,5	40,2	.	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,4	39,2	.	.	39,3	39,2	.	.	.
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	4 273	4 456	.	.	4 416	4 546	.	.	.
*weiblich	2 925	3 051	.	.	3 021	3 119	.	.	.
Technische Angestellte									
*männlich	4 370	4 543	.	.	4 490	4 597	.	.	.
*weiblich	2 839	2 958	.	.	2 933	3 020	.	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 425	3 554	.	.	3 531	3 609	.	.	.
*weiblich	2 347	2 433	.	.	2 400	2 486	.	.	.
Technische Angestellte									
männlich	3 436	3 462	.	.	3 432	3 651	.	.	.
weiblich	2 192	2 219	.	.	2 167	(2 522)	.	.	.
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 699	3 845	.	.	3 815	3 911	.	.	.
weiblich	2 509	2 606	.	.	2 574	2 664	.	.	.
Technische Angestellte									
männlich	4 304	4 466	.	.	4 416	4 535	.	.	.
weiblich	2 789	2 898	.	.	2 869	3 011	.	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN B
Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Wohnungswesen					Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
Jahr	zum Bau genehmigte Woh- nungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins- gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		ins- gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungs- bau 2) in %						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	von Auslands- gästen
Mill. DM									in 1 000			
1983	17	14	12	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 859	270	16 523	505
1984	12	16	13	1 170	10 081	4 158	1 176	8 526	2 832	278	16 328	498
1985	9	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 197	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs- opfer fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ⁴⁾	Lkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins- gesamt	Hilfe		
										zum Lebensunterhalt		
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	
in 1 000												
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	68,4 ^a	62,0
1984	1 229	37	1 049	54	17 659	442	22 515	16 231	927,9	330,1	83,2	64,8
1985	1 249	38	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	84,8 ^a	66,9
1986	1 291	40	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7
1987	1 327	41	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	...	72,2

Steuern ⁷⁾								Fundierte Schulden				
Jahr	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver- brauch- steuern	Gewerbe- steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 8)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins- gesamt	Lohn- steuer	veranlagte Einkommen- steuer				ins- gesamt	Kredit- markt- mittel
Mill. DM												
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220
1984	4 846	5 391	1 895	2 666	5 787	4 116	926	473	759	13 768	2 949	2 252
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509

Preisindizes im Bundesgebiet 1980 = 100						Löhne und Gehälter								
Jahr	Erzeugerpreise ⁹⁾		für Wohngebäude	Lebenshaltung aller privaten Haushalte		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie 10) und Handel			öffentlicher Dienst			
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte		insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾		
								Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokrant)
										Männer	Frauen			
DM														
1983	115,8	108,2	111,2	115,6	114,3	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442		
1984	119,2	106,9	114,0	118,4	116,0	686	467	3 492	2 363	4 042	3 284	2 454		
1985	121,8	103,1	114,5	121,0	116,9	699	481	3 610	2 456	4 186	3 388	2 530		
1986	118,2	97,2	116,2	120,7	117,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616		
1987	115,6	p 94,0	118,6	121,0	117,0	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703		

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, ab 1984: Ausländer einschließlich DDR 4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) einschließlich mit Spezialaufbau
6) ohne Postspareinlagen 7) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein
8) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer
10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 24. 5. 1987			Bevölkerungsveränderung im Mai 1987			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1988 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat ¹⁾	Vorjahres- monat						
		in %							
FLensburg	85 361	+ 0,0	.	- 2	19	17	33	-	36
KIEL	244 164	+ 0,0	.	- 44	162	118	96	-	133
LOBECK	208 085	- 0,1	.	- 89	- 170	- 259	75	-	84
NEUMONSTER	77 580	- 0,1	.	- 4	- 91	- 95	35	1	44
Dithmarschen	128 037	- 0,1	.	- 23	- 95	- 118	47	1	62
Hzgt. Lauenburg	157 605	- 0,0	.	- 44	41	- 3	81	-	96
Nordfriesland	160 479	+ 0,1	.	32	138	170	61	1	91
Ostholstein	196 680	+ 0,1	.	- 47	234	187	91	2	121
Pinneberg	262 787	- 0,0	.	- 19	- 8	- 27	128	7	147
Plön	117 895	- 0,1	.	1	- 64	- 63	64	4	81
Rendsburg-Eckernförde	247 264	- 0,1	.	- 17	- 139	- 156	93	2	125
Schleswig-Flensburg	182 681	-	.	4	- 4	0	69	-	86
Segeberg	219 066	+ 0,1	.	5	175	180	115	4	160
Steinburg	125 760	- 0,4	.	12	- 565	- 553	67	1	92
Stormarn	198 415	+ 0,1	.	- 11	128	117	79	3	110
Schleswig-Holstein	2 611 859	- 0,0	.	- 246	- 239	- 485	1 134	26	1 468

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1988		
	Betriebe am 30. 4. 1988	Beschäftigte am 30. 4. 1988	Umsatz ⁴⁾ im April 1988 Mill. DM	insgesamt ⁵⁾	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	68	8 494	167	36 970	33 166	...
KIEL	123	21 763	484	103 362	92 974	...
LOBECK	136	20 259	249	87 610	78 774	...
NEUMONSTER	68	9 958	118	37 055	33 157	...
Dithmarschen	65	6 058	228	70 581	57 427	...
Hzgt. Lauenburg	96	7 825	95	82 579	71 991	...
Nordfriesland	57	2 976	72	85 747	70 035	...
Ostholstein	78	5 893	104	95 823	82 779	...
Pinneberg	186	19 956	327	136 573	119 732	...
Plön	46	2 548	39	63 703	54 094	...
Rendsburg-Eckernförde	125	9 557	178	132 400	111 985	...
Schleswig-Flensburg	81	5 012	123	99 189	81 354	...
Segeberg	164	16 361	303	130 065	112 707	...
Steinburg	81	9 006	180	70 496	58 501	...
Stormarn	150	17 249	405	108 954	96 677	...
Schleswig-Holstein	1 524	162 915	3 073	1 341 107	1 155 353	...

1) 30. 4. 1987 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Fahrzeuge ohne Fahrzeugbrief 6) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1987			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 4. 1988	Kurzarbeiter Monatsmitte April 1988	offene Stellen 30. 4. 1988	Schweine insgesamt am 3. 12. 1987	Rindvieh am 3. 12. 1987	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
in %			in 1 000						
Schleswig-Holstein	2 612,4	+ 4,7	- 0,0	109	12	7	1 632	1 497	480
Hamburg	1 568,8	- 12,5	- 0,5	100	10	4	6	12	3
Niedersachsen	7 192,1	+ 1,6	- 0,0	323	38	23	7 561	3 221	1 010
Bremen	653,8	- 9,5	- 0,6	43	6	2	4	16	5
Nordrhein-Westfalen	16 673,1	- 1,4	+ 0,1	767	53	40	6 282	1 950	567
Hessen	5 547,9	+ 3,1	+ 0,3	156	20	16	1 182	788	253
Rheinland-Pfalz	3 608,3	- 1,0	- 0,1	112	14	9	592	579	202
Baden-Württemberg	9 335,9	+ 5,0	+ 0,6	202	48	39	2 310	1 708	626
Bayern	11 029,8	+ 5,3	+ 0,5	300	47	40	4 056	5 048	1 909
Saarland	1 040,8	- 7,1	- 0,3	52	4	3	41	69	23
Berlin (West)	1 880,0	- 11,4	+ 1,0	99	9	10	3	1	0
Bundesgebiet	61 142,5	+ 0,8	+ 0,2	2 262	261	193	23 670	14 887	5 077

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Januar 1988	
	Beschäftigte am 29. 2. 1988 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Februar 1988		Beschäftigte am 31. 1. 1988		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	162	3 071	31	37	...	506	...
Hamburg	134	5 357	17	20	...	144	...
Niedersachsen	635	12 249	32	94	...	994	...
Bremen	75	1 755	38	10	...	21	...
Nordrhein-Westfalen	1 935	34 239	29	217	...	2 668	...
Hessen	623	9 698	31	82	...	1 086	...
Rheinland-Pfalz	363	6 894	40	56	...	963	...
Baden-Württemberg	1 428	22 145	33	165	...	2 438	...
Bayern	1 339	19 848	35	187	...	3 255	...
Saarland	134	2 285	32	15	...	137	...
Berlin (West)	161	3 624	11	31	...	215	...
Bundesgebiet	6 993	121 165	31	914	...	12 427	...

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Februar 1988				Bestand an Spar- einlagen 5) am 31. 1. 1988 in DM je Einw.	Steuereinnahmen			*Bruttoinlandsprodukt 1987		
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	Mrd. DM in je- weiligen Preisen	Anteil des produzie- renden Bereichs 6) in %	je Erwerbs- tätigen in Preisen von 1980 Bund = 100
					im 4. Vierteljahr 1987						
					in DM je Einwohner						
Schleswig-Holstein	1 302	24	1 636	127	7 722	680	613	...	70	38,1	94
Hamburg	924	13	1 187	130	11 114	959	4 865	...	90	27,2	143
Niedersachsen	3 118	100	4 004	132	9 628	680	632	...	195	43,5	90
Bremen	253	3	297	119	10 869	786	1 542	...	28	36,7	113
Nordrhein-Westfalen	6 265	105	8 007	129	10 481	801	1 236	...	528	45,2	102
Hessen	2 191	58	2 869	134	12 026	810	1 088	...	202	36,6	106
Rheinland-Pfalz	1 354	40	1 792	135	11 296	690	772	...	108	49,4	97
Baden-Württemberg	3 243	83	4 524	142	12 432	820	1 079	...	324	51,1	97
Bayern	4 064	124	5 771	145	12 616	770	880	...	361	43,6	95
Saarland	405	8	529	133	10 224	684	727	...	30	45,1	92
Berlin (West)	749	4	899	121	9 654	655	2 602	...	76	43,9	111
Bundesgebiet	24 237	578	31 979	134	11 125	771	1 139	...	2 013	43,9	100

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte

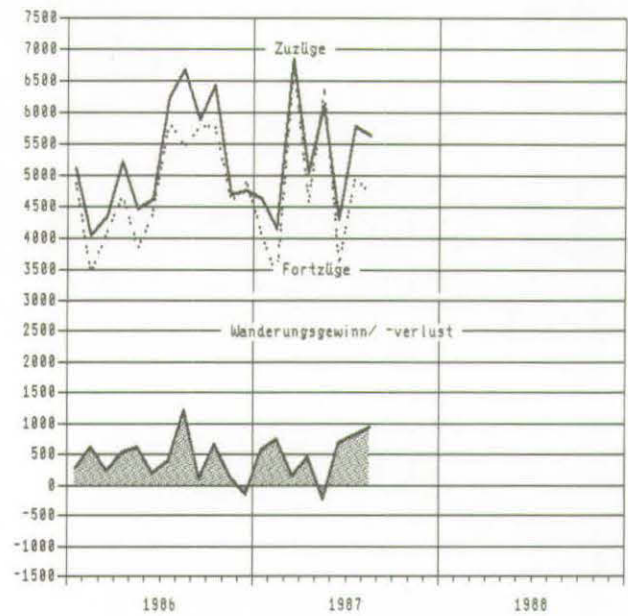
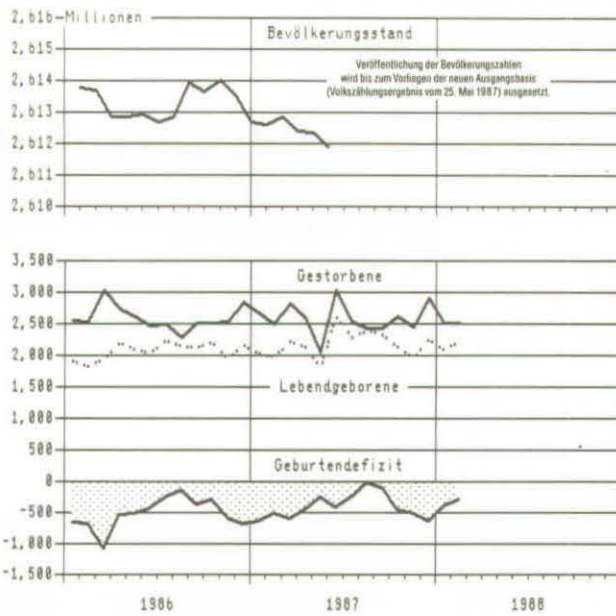
4) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 5) ohne Postspareinlagen

6) Produzierendes Gewerbe einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei; Anteil an der Bruttowertschöpfung der Bereiche

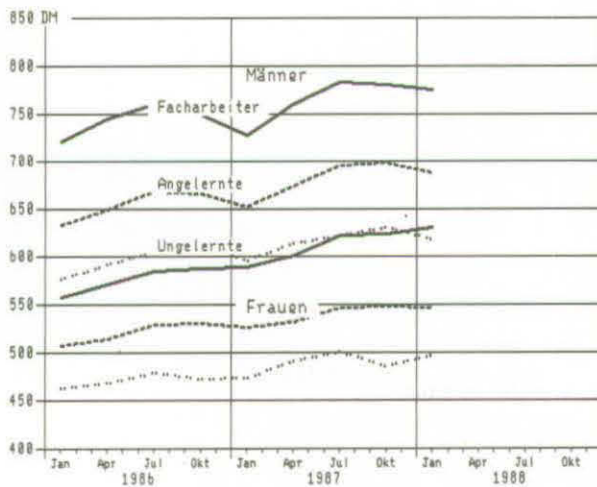
Entwicklung im Bild

D 5607 Stat LA S-H (A)

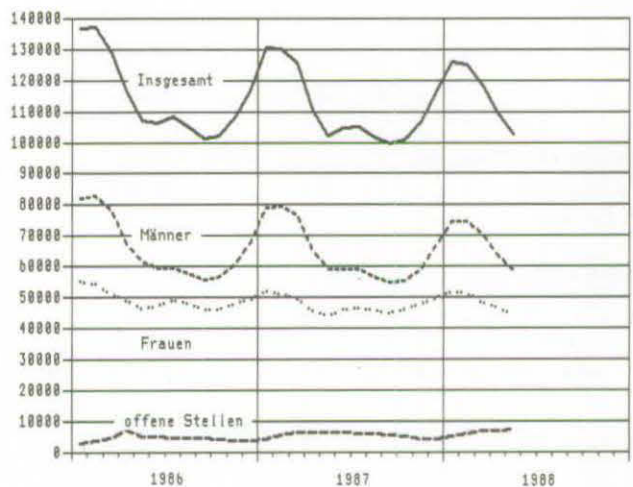
Bevölkerungsstand und -veränderung



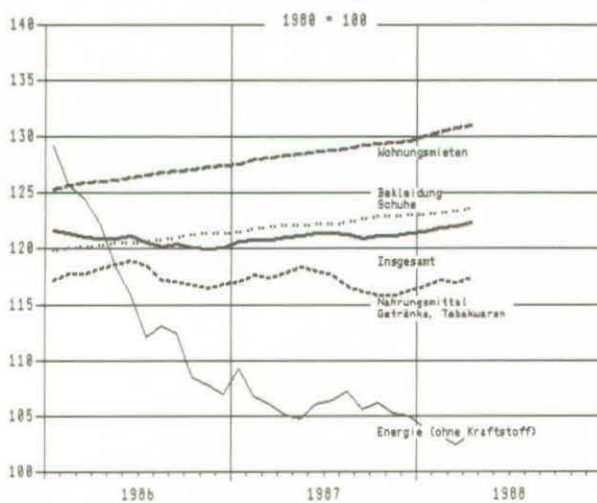
Bruttowochenverdienste



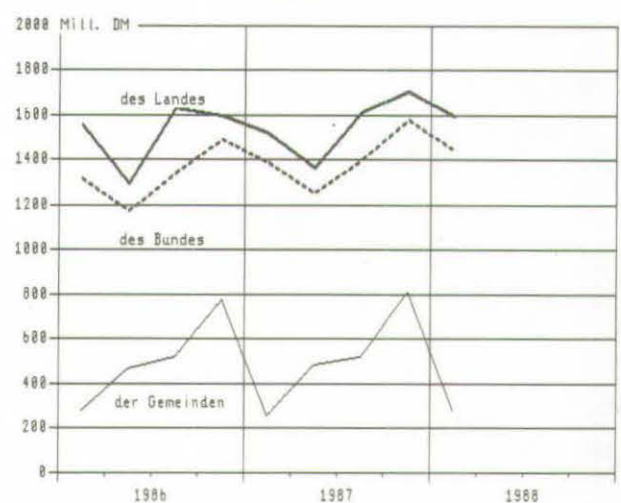
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 6 89 50

Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck

Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtener Str. 65a - Auflage: 700

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -